

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Medien**

76. Sitzung
1. Juli 2026

Beginn: 09.33 Uhr
Schluss: 12.52 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich
aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

**Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir setzen die Sitzung fort mit

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Irische Ratspräsidentschaft: Schwerpunktthemen
und Ausblick – Bericht der irischen Botschafterin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0243](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Dazu möchte ich Sie recht herzlich begrüßen, Ihre Exzellenz, Frau Maeve Collins. Herzlich willkommen hier im Ausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus! Sie werden begleitet von Herrn Michael Tracey und Frau Emilie Schreier, wenn ich es richtig weiß. Außerdem haben Sie einen Videografen dabei, der ein paar Aufnahmen für die Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft macht. Ich denke, das gestatten wir, da wir sowieso hier im Livestream gesendet werden. Sie müssten nur darauf aufpassen, dass Sie nicht Unterlagen der Damen und Herrn Abgeordneten filmen. Dann ist das soweit in Ordnung. Für das Dolmetschen haben wir die Dolmetscherin Frau Schrinner wieder dabei. Herzlich willkommen! Ich gehe davon aus, dass die Fragen in der Regel auf Deutsch gestellt werden, und dann werden sie übersetzt, und die Antworten, sofern auf Englisch geantwortet wird, müssen auch übersetzt werden. Das sollte uns zum Kurzfassen animieren.

Wir haben eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern vom Max-Delbrück-Gymnasium aus Berlin-Pankow zu Gast. Herzlich willkommen! Es ist sehr schön, dass Sie sich für unsere Arbeit interessieren, und gerade bei einem so wichtigen europapolitischen Tagesordnungspunkt dabei sind. – Wir fertigen von der Veranstaltung ein Wortprotokoll an. Das machen wir immer, dann kann man das später noch mal nachlesen. Ansonsten wird die Veranstaltung im Livestream weltweit übertragen und auch gespeichert und ist später auf der Homepage des Berliner Abgeordnetenhauses abrufbar. Das war die Begrüßung, die Vorbemerkung.

Jetzt ist der Ablauf noch zu klären. Wir würden so beginnen, dass die beantragenden Fraktionen, das waren CDU und SPD – das macht wahrscheinlich Herr Häntsch von der CDU-Fraktion –, für die Koalitionsfraktionen eine kurze Begründung abgeben, warum es sinnvoll ist, sich heute mit der neuen Ratspräsidentschaft zu beschäftigen. Dann frage ich den Staatssekretär, ob er an der Stelle etwas sagen möchte. – [Staatssekretär Florian Hauer: Nach der Botschafterin!] – Nach der Botschafterin. Nach der Begründung wären Sie dann an der Reihe und könnten ein Eingangsstatement abgeben. Dann wird der Staatssekretär etwas aus der Position des Senats, des Roten Rathauses, sagen. Danach machen wir eine Fragerunde, wo die Damen und Herren Abgeordneten Fragen stellen oder kurze Statements abgeben. Aufgrund der Notwendigkeit, das zu dolmetschen, bitte ich Sie alle, sich möglichst kurz zu fassen und nicht zu kompliziert konstruierte Sätze zu verwenden. Frau Schrinner wird das dann übersetzen. Dann kommen Sie die Gelegenheit zu einem zweiten Statement, Frau Botschafterin, und wahrscheinlich sind wir nach einer guten Stunde mit dem Punkt durch. Habe ich irgendetwas vergessen? – Nein. Dann werden wir starten mit der Begründung. – Herr Häntsch hat das Wort!

Stefan Häntschi (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich will mich kurz fassen, um der Dolmetscherin die Arbeit nicht schwerer zu machen als sie ist. Erst einmal auch vonseiten der Regierungskoalition aus CDU und SPD herzlichen Dank, Frau Botschafterin, dass Sie heute den Weg zu uns hier in den Ausschuss gefunden haben. Der Europaausschuss lädt aus guter Tradition regelmäßig die Botschafterinnen beziehungsweise die Botschafter der im EU-Rat vorsitzenden Länder ein, um uns über die Schwerpunkte der anstehenden Arbeit informieren zu lassen. Bei Ihnen ist es sogar noch ganz frisch. Am 1. Juli, heute, Beginn der Übernahme der Ratspräsidentschaft beziehungsweise des Vorsitzes dort im Rat. Ganz besonders interessiert uns natürlich, welche Auswirkungen das, was sich die irische Regierung vorgenommen hat, auch auf Berlin haben wird. Wir sind sehr gespannt, von Ihnen ein paar Dinge darüber zu erfahren. Zypern liegt nun mit der Ratspräsidentschaft hinter uns, sodass jetzt auch Irland die Möglichkeit hat, ein neues Kapitel aufzuschlagen. Das Motto besteht insbesondere darin, die europäische Wettbewerbsfähigkeit weiter zu stärken, unter dem Rubrum: One Europe, one Market. Wie gesagt, wir sind sehr gespannt, welche Auswirkungen das auch auf die Wirtschaft in Berlin hat. Von daher freue ich mich sehr auf Ihre Worte und das, was wir nachher erfahren werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Muss das übersetzt werden? – Nein, alles klar. Super. Dann würden Sie, Ihre Exzellenz, jetzt das Wort bekommen für das Eingangsstatement, und wir freuen uns auf Ihre Worte. – Bitte schön!

I. E. Maeve Collins (Außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin der Republik Irland in der Bundesrepublik Deutschland): Guten Morgen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender Otto! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Ich hoffe, Sie können mich alle gut hören und verstehen. Ich freue mich sehr, Ihnen heute die Prioritäten der irischen Ratspräsidentschaft vorzustellen. Heute ist der erste Tag unseres EU-Ratsvorsitzes, und wir beginnen in Berlin direkt mit einem Austausch mit Ihnen im Berliner Abgeordnetenhaus. In den nächsten sechs Monaten werde ich fast alle Bundesländer besuchen. Für uns ist dieser Dialog mit den Ländern sehr wichtig, und ich freue mich, dass wir unseren ersten Besuch quasi zu Hause in Berlin haben. – Vielen Dank!

Irland übernimmt den Ratsvorsitz heute zum achten Mal seit unserem EU-Beitritt in 1973. Jetzt ist es eine spannende und nicht ganz einfache Zeit. Die Welt steht vor vielen geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, auf die Europa reagieren muss. Entsprechend hoch sind natürlich die Erwartungen an uns, die europäische Agenda voranzutreiben. Wir kommen aber mit viel Erfahrung, und auch dieses Mal haben wir eine ambitionierte Agenda und freuen uns darauf, sie umzusetzen. Diese Agenda lässt sich in drei Prioritäten unterteilen, und zwar Wettbewerbsfähigkeit, Werte und Sicherheit. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der EU stärken. Wir wollen wichtige Werte wie die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Resilienz fördern, und wir wollen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU vorantreiben. In jedem dieser Bereiche arbeiten wir intensiv an konkreten Vorhaben. Es gibt auch Prioritäten oder Themen, die alle drei Bereiche betreffen. Zwei der wichtigsten Themen auf der europäischen Agenda sind derzeit der MFR und unsere fortgesetzte uneingeschränkte Unterstützung für die Ukraine. Als Union müssen wir die MFR abschließen, um unsere Arbeit fortsetzen zu können. Ebenso wichtig ist es, dass die EU weiterhin eine führende Rolle bei der Unterstützung der Ukraine einnimmt, die unter dem andauernden russischen Angriffskrieg leidet. Irland unterschätzt weder die Bedeutung noch die Herausforderung dieser beiden Punkte.

Zunächst einmal möchte ich auf unsere drei Prioritäten Wettbewerbsfähigkeit, Werte und Sicherheit eingehen. Unter Wettbewerbsfähigkeit ist klar: Wir brauchen eine wirtschaftlich starke Union, um den Herausforderungen der Welt begegnen zu können. Im März haben die Staats- und Regierungschefs der EU deswegen den One-Europa-one-Market-Fahrplan vereinbart. Unsere Arbeit wird sich an den fünf vereinbarten strategischen Eckpfeilern orientieren, und diese fünf Eckpfeiler sind – erstens, die Vereinfachung von Vorschriften, zweitens, ein stärker integrierter Binnenmarkt, drittens, Förderung eines starken Handels, viertens, Energiewende voranbringen und fünftens: Digitalisierung und KI.

Im Bereich Werte, das ist die zweite Priorität unserer EU-Ratspräsidentschaft, sind Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, -würde und Rechtsstaatlichkeit fundamentale Werte, die uns in der EU miteinander verbinden. Diese Werte stehen aber zunehmend unter Druck und müssen verteidigt werden. Dabei wird die European-Democracy-Shield-Initiative unter der Leitung von EU-Kommissar McGrath eine große Rolle spielen. Die EU muss ein auf Prinzipien basierter globaler Akteur bleiben. Wir werden uns weiter für die Rechte von Frauen, LGBTQI-Personen, Demokratie, Entwicklungszusammenarbeit, Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Ein wichtiges Thema unserer Präsidentschaft wird auch der Schutz von Menschen, insbesondere Kindern, im Internet sein.

Die dritte Priorität unserer Ratspräsidentschaft ist Sicherheit. Kein Land kann allein die neuen sicherheitspolitischen Gefahren abwehren. Wir wollen während unseres Ratsvorsitzes die Verteidigung und Sicherheit der EU stärken. Ich glaube, Sie warten alle darauf, dass ich über den MFR etwas sage. Ohne eine Einigung über die Höhe und Herkunft der Finanzmittel wird Europa gelähmt. Es ist noch viel zu tun, und alle 27 Mitgliedstaaten müssen mitarbeiten, wenn wir den MFR bis Ende des Jahres abschließen wollen. Irland ist bereit, als Honest Broker zu agieren und den Prozess voranzubringen. Wir wollen Kompromisse aushandeln und einen ambitionierten Haushalt für die EU vereinbaren. Mit dem EU-Haushalt setzen wir Prioritäten und legen fest, wie wir das Leben der EU-Bürgerinnen und Bürger verbessern wollen.

Ich möchte auch kurz auf das Thema der EU-Erweiterung eingehen. Irland war Teil der ersten Erweiterung im Jahr 1973. Damals gehörten wir zu den ärmsten Ländern Europas. Unsere Mitgliedschaft hat Irland tiefgreifend verändert. Mittlerweile sind wir wichtiger Nettobeiträger des EU-Haushalts. Irland hat in den vergangenen 50 Jahren enorm von unserer EU-Mitgliedschaft profitiert, und wir finden, andere europäische Länder verdienen die gleichen Chancen, vorausgesetzt, sie erfüllen die notwendigen Beitrittsvoraussetzungen. In unserer Ratspräsidentschaft wollen wir auf den Abschluss der Verhandlungen mit Montenegro hinarbeiten, Fortschritte in den Verhandlungen mit Albanien machen, und wir freuen uns ausdrücklich, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau aufgenommen wurden. Die Unterstützung der Ukraine ist für uns als EU-Ratsvorsitzende von absoluter Priorität, und dazu gehören strenge gezielte Sanktionen gegen Russland, Fortschritte beim EU-Beitrittsprozess und Zugang zu finanziellen Mitteln zur Verteidigung gegen Russland.

Abschließend will ich sagen: Wir müssen auf unerwartete Situationen vorbereitet sein, auf sogenannte unknown Unknowns. Das verlangt Flexibilität bei unseren Zeitplänen als auch bei unseren Prioritäten. Unsere zyprischen Freunde haben das während ihrer Präsidentschaft auch erfahren, und eigentlich gilt das für jede Präsidentschaft heutzutage. Wir müssen jederzeit in der Lage sein, auf globale Ereignisse zu reagieren. Umso wichtiger sind solche produktiven

Dialoge wie heute mit Ihnen im Berliner Abgeordnetenhaus. Vielen Dank noch mal für die Einladung! Ich freue mich auf die Diskussion. Ich habe vielleicht nicht alle Antworten auf Ihre Fragen, aber wir werden Sie gerne per E-Mail kontaktieren, um diese Antworten mitzuteilen. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt würde Herr Staatssekretär Hauer das Wort ergreifen wollen. Das hat er vorhin angekündigt. – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Danke, Herr Vorsitzender! – Das mache ich sehr gerne. Vielen Dank, liebe Frau Botschafterin, dass Sie heute ins Berliner Abgeordnetenhaus, in den Ausschuss gekommen sind. Wir kennen uns persönlich. Die Zusammenarbeit mit Ihnen macht immer viel Spaß und ist sehr angenehm. Deswegen freue ich mich, dass Sie auch mit der zusätzlichen Aufgabe und dem zusätzlichen Thema Ratspräsidentschaft zu tun haben. Ich sehe das bei Ihnen in sehr guten Händen. Ich möchte mich auch für Ihren Impuls bedanken, den Sie uns gerade gegeben haben. Ich darf das ausdrücklich begrüßen und sagen, dass wir als Berliner Landesregierung und Senat Ihre Ziele, Vorhaben und Prioritäten ausdrücklich unterstützen, auch in der Reihenfolge, wie Sie es gerade gesagt haben: Wettbewerb, Werte und Sicherheit. Das sind genau die Themen, auf die es ankommt. Ich finde es auch gut, dass Sie noch einmal ganz konkret die Unterstützung der Ukraine bekräftigt haben. Das hat mich sehr gefreut. Auch das unterstützen wir ausdrücklich.

Ich teile Ihre Auffassung, dass der MFR in den nächsten Monaten sicherlich die Hauptaufgabe der irischen Ratspräsidentschaft sein wird. Ich bin mir auch absolut darüber im Klaren, dass das keine ganz einfache Aufgabe sein wird oder keine ganz einfache Aufgabe ist im Moment. Ziel ist, und daran sollten wir alle ein großes Interesse haben, dass die Verhandlungen bis Ende des Jahres abgeschlossen werden können. Das wäre die Ideallösung, denn wir kennen alle den politischen Kalender in Europa, wo nächstes Jahr Wahlen stattfinden, unter anderem in Frankreich. Wenn es jetzt nicht gelingt bis Ende des Jahres, dann wird es in der Tat im nächsten Jahr sehr schwierig. Dann wäre die Konsequenz, dass es erst Ende 2027 dann wieder in einer Nacht- und Nebel-Aktion so kommt, wie es leider in der Vergangenheit schon des Öfteren gekommen ist. Es sollte in der Tat das Ziel sein, dass es dieses Jahr unter Ihrer Ratspräsidentschaft noch zu einem Abschluss gebracht wird.

Ich kann für den Berliner Senat oder zumindest für die Senatskanzlei sagen, dass wir die Bundesregierung an dieser Stelle ausdrücklich unterstützen, wenn es um die Prioritäten der Bundesregierung geht und die Bundesregierung sagt, dass der jetzt vorliegende Kommissionsvorschlag so nicht akzeptabel ist, weil die Zahlen zu hoch sind, die dort noch unter der letzten Ratspräsidentschaft vorgelegt wurden. Wir müssen bei diesen ganzen Diskussionen berücksichtigen, dass auch die Nettozahler, zu denen Deutschland gehört, nicht mehr die finanziellen Ressourcen haben, um immer noch etwas draufzupacken und damit einen Kompromiss zu ermöglichen. Auch die Möglichkeiten und Fähigkeiten Deutschlands sind an der Stelle endlich. Es kann nicht sein, dass Deutschland 20 Milliarden Euro zusätzliche Belastung haben wird. Auf der anderen Seite unterstützen wir das Anliegen der Bundesregierung, dass es am Ende nicht so gelöst werden kann, dass ausschließlich in der Rubrik 2 gekürzt wird, dann zugunsten der Rubrik 1. Mir ist bewusst, dass in der Rubrik 1 natürlich die Beharrungskräfte am stärksten sind, wenn es unter anderem um Landwirtschaft geht oder auch um die Strukturfonds. Sie haben es auch gesagt: Wir müssen Europa zukunftsfähig machen. Wir müssen die Europäische Union zukunftsfähig machen. Deswegen hat es aus meiner Sicht ab-

solute Priorität, dass wir in die Zukunftsfähigkeit investieren, und das ist vor allem auch die Rubrik 2 mit der Wettbewerbsfähigkeit, die gestärkt werden muss, gerade auch im globalen Wettbewerb mit China und den USA, denn dort geht es nicht nur um Wettbewerbsfähigkeit im engeren Sinne, sondern dazu gehören auch Dinge wie die gesamte Forschungspolitik, die Programme wie Horizon und Erasmus. Das fällt alles unter die Rubrik 2. Das dient alles diesem Ziel, und deswegen unterstützen wir das Anliegen und das Ziel der Bundesregierung, dass etwaige Einsparungen im Vergleich zum vorliegenden Vorschlag der Kommission nicht zulasten der Rubrik 2 gehen dürfen. Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit muss Priorität haben, auch im künftigen EU-Haushalt.

Wir sehen auch die Herausforderung, wenn es darum geht, die Einnahmenseite zu stärken, gerade um zusätzliche Eigenmittel, dass es dort Bereitschaft gibt, auch der Bundesregierung, sich konstruktiv an den Diskussionen zu beteiligen, aber diese Aufgabe ist nicht ganz trivial. Vor allem dürfen zusätzliche Eigenmittel nicht das Ziel konterkarieren, dass am Ende dann wiederum die Wettbewerbsfähigkeit Europas leidet, weil mittelständische Unternehmen zum Beispiel dann mit zusätzlichen Steuern oder Abgaben belastet werden. Ich will nicht sagen, Quadratur des Kreises, aber es ist eine große Herausforderung, die ansteht und die vor allem die irische Ratspräsidentschaft betreffen. Unsere Unterstützung haben Sie in jedem Fall in dem Wissen, dass es schwer wird, aber ich glaube, wir haben alle ein Interesse daran, dass es in den nächsten sechs Monaten gelingt, dort einen Durchbruch zu erzielen, denn wenn wir das Ganze nicht jetzt schaffen, sondern in das Jahr 2027 schieben, dann wird es nicht einfacher, sondern im Zweifel noch schwerer, auch wenn der politische Druck und der Zeitdruck am Ende größer werden wird.

Ein letzter Punkt, den Sie angesprochen haben, ist das Thema Erweiterung: Auch da kann ich Ihnen sagen, dass wir als Berlin, als Stadt und Land, die bis vor wenigen Jahren praktisch direkt an der östlichen Grenze der Europäischen Union lag und damit besonders von der EU-Osterweiterung in vielerlei Hinsicht profitiert hat, dass wir als Land Berlin immer Unterstützer sind von Erweiterung, sofern die Voraussetzungen stimmen. Das ist auch klar. Es darf dort keine Rabatte oder Ähnliches geben, gerade wenn es um den Rechtsstaat geht. Wir haben auch am Beispiel von Ungarn gesehen, welche Herausforderungen das mit sich bringen kann für die Europäische Union, wenn dort Länder Teil der Europäischen Union sind, die sich mit diesen Dingen schwertun. Das Ziel unterstützen wir, und ich finde es auch gut, und wir haben es auch begrüßt, dass kürzlich Verhandlungen mit der Ukraine aufgenommen worden sind. – Ich würde es an dieser Stelle erst einmal dabei belassen. Wenn sich gleich die Abgeordneten zu Wort gemeldet haben, wird es vielleicht auch noch die eine oder andere Frage in Richtung Senat geben. Dann würde ich dazu noch einmal Stellung nehmen. – Noch einmal vielen Dank für Ihre Teilnahme und Ihren Impuls, und Sie können sicher sein, dass Sie die Unterstützung des Berliner Senats haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Jetzt habe ich hier eine Redeliste. Ich will zu Anfang noch einmal auf unsere Verabredung hinweisen: Bei drei Minuten Redezeit sage ich Bescheid, dass drei Minuten um sind. Ansonsten bitte ich Sie, Rücksicht zu nehmen, dass wir übersetzen müssen. Das Statement vom Staatssekretär muss übersetzt werden? – [I. E. Maeve Collins: Nein!] – Nein, alles gut. Ich kann es nicht so gut einschätzen. Deswegen frage ich Sie einfach immer. – Es beginnt für die SPD-Fraktion Herr Meyer.

Sven Meyer (SPD): Herzlichen Dank! – Vielen herzlichen Dank für Ihr Hiersein und für Ihren Bericht. Ganz viel Erfolg bei Ihrer Arbeit! Ich habe drei, vier Punkte, und zwar zum einen: Sie haben davon gesprochen, dass die Wettbewerbsfähigkeit besonders wichtig ist, dass sie Ihnen am Herzen liegt. Was bedeutet das für das soziale Europa? Sehen Sie dort ganz wesentliche Punkte? Geht es Ihnen darum, eine Wettbewerbsfähigkeit möglicherweise auf Kosten des sozialen Europas zu machen? Wir haben auf der anderen Seite mehrere Diskussionen bezüglich China und billiger Konsummittel und überhaupt Industrieproduktionen, die nach Europa kommen. Wie positioniert sich dort Irland bezüglich möglicher Zölle, dass sich Europa stärker wappnet gegen China, dass Europa da stärker zusammenstehen muss? Da wäre meine Frage: Stärkere Integration des Binnenmarktes.

Die andere Frage betrifft Tech-Giganten, also auch deren Besteuerung. Wir wissen alle, wie die Besteuerung gerade in Irland ist. Wie stehen Sie dazu, auch Tech-Giganten in Europa stärker zu besteuern, die Steuerharmonisierung in Europa voranzutreiben, damit kein Steuerdumping stattfindet, damit gerade dort, wo das Geld ist – Sie haben gerade davon gesprochen, dass der Haushalt in Europa sehr schwierig ist, viele Länder sind in schwierigen Situationen, Deutschland auch. Von daher die Frage, wie dort eine echte, gerechte Besteuerung stattfinden kann, wie eine stärkere Regulierung dieser Giganten stattfinden kann. Sieht Irland da überhaupt Handlungsbedarf? Das wäre es erst mal. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Herr Häntsch für CDU-Fraktion. – Bitte schön!

Stefan Häntsch (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Botschafterin! Noch mal vielen Dank für Ihre Worte! Der regelmäßige Wechsel in der Ratspräsidentschaft steht auch für eine Vielfalt innerhalb der Europäischen Union, hat allerdings auch die Herausforderung, dass trotzdem die Kontinuität europäischer Politik nicht auf der Strecke bleiben darf. Welche Probleme das aufwerfen kann, haben wir bei der Ratspräsidentschaft Ungarns gesehen. Seitdem haben wir deutliche positive Entwicklungen innerhalb der EU feststellen können. Insofern erst einmal vielen Dank für Ihre klaren Worte, was den Krieg Russlands gegen die Ukraine angeht, dass auch dort Irland weiterhin auf der Seite der Demokratie und damit auch auf der Seite der Ukraine steht. Danke auch für Ihr klares Bekenntnis zur Verteidigung aller demokratischen Errungenschaften, die wir in der EU haben. Auch da noch mal das Beispiel Ungarn. Da haben wir Dinge erleben müssen, die nicht so ganz einfach für uns und die manchmal auch nicht ganz so einfach zu ertragen waren.

Ich möchte konkrete Fragen an Sie stellen, und zwar bezogen darauf, welchen Stellenwert die Kohäsionsmittel auch in Irland haben. Für uns in Berlin spielt das eine sehr wichtige Rolle. Die zweite Frage ist, wie Irland zum Subsidiaritätsprinzip steht. Deutschland und Irland haben eine sehr unterschiedliche Staatsorganisation, sodass die Subsidiarität für uns eine sehr wichtige Rolle spielt. Wir haben gerade gesehen, welche Möglichkeiten dort die Bundesländer haben, wenn es um die Verteilung von finanziellen Mitteln geht. Da würde mich interessieren, wie Irland zu diesem Prinzip steht. Soweit erst einmal von mir, und ich freue mich auf die Beantwortung der Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt übersetzen?

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Keine Übersetzung erforderlich!

Vorsitzender Andreas Otto: Super! – Dann geht es weiter mit Frau Ahmadi für Bündnis 90/Die Grünen.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank! – Ich habe nicht erwartet, dass ich so schnell drankomme. Herzlichen Dank auch von uns, Bündnis 90/Die Grünen, dass Sie heute hier sind und ganz besonders, dass Sie auch noch mal die Notwendigkeit und auch Ihre Intention dargestellt haben, die Ukraine zu unterstützen, auch, was die finanzielle Unterstützung angeht. Wir haben trotzdem noch ein paar andere Fragen dazu. Zum einen: Wie will die irische Präsidentschaft sicherstellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit nicht gegen Klima- und soziale Ziele ausgespielt, sondern beides zusammen gedacht wird? Wie werden Sie die sozialen Dimensionen der Transformation absichern, etwa bei bezahlbarem Wohnen, fairen Arbeitsbedingungen und Armutsbekämpfung?

Eine weitere Frage: Wie soll die angekündigte Stärkung von Resilienz und Sicherheit konkret mit der Bekämpfung von Desinformation, Cyberrisiken und Klimafolgen verknüpft werden? Noch eine Frage zum Grundeinkommen für die Künste: Wie wird verhindert, dass das Programm nur als symbolisches Leuchtturmprojekt wahrgenommen wird, statt als breites Instrument zur Verbesserung prekärer Arbeitsbedingungen?

Eine letzte Frage wäre: Sie erwähnten in Ihren einleitenden Worten den Jugendschutz in Zusammenhang mit sozialen Medien. Unterstützen Sie beziehungsweise die Ratspräsidentschaft den Ansatz, dass für einen effektiven Jugendschutz von Kindern und Jugendlichen die Plattformbetreiber in die Pflicht zu nehmen sind und starre Altersbegrenzungen hier nicht helfen? – Soll ich die Frage wiederholen? – Sie erwähnten in Ihren einleitenden Worten den Jugendschutz in sozialen Medien. Daher würde ich gerne wissen, wie Sie in der Präsidentschaftszeit den Ansatz vertreten werden, dass für einen effektiver Jugendschutz von Kindern und Jugendlichen die Plattformbetreiber in die Pflicht zu nehmen sind, anstatt starre Altersgrenzen zu debattieren, wie es vielerorts in Europa getan wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Als Nächster ist Herr Schatz für die Linksfraktion an der Reihe.

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Ihre Exzellenz, für Ihren Input! Auch die Linksfraktion als Teil der demokratischen Opposition freut sich, dass Sie heute hier sind. Da vorhin in der Begründung für die Koalition diese Freude geäußert wurde, will ich das auch noch mal tun. – Ich habe drei konkrete Fragen, die Sie zum Teil auch angesprochen haben, und zwar, erstens, nach dem Elefanten im Raum, den der Herr Staatssekretär auch angesprochen hat, der Mehrjährige Finanzrahmen, wo das ambitionierte Ziel ist, das bis Ende des Jahres in Sack und Tüten zu bringen. Mich interessiert die Haltung Ihrer Regierung zu Finanzierungsinstrumenten jenseits von Eigenmitteln und Beiträgen. Ich denke an gemeinschaftliche Schulden, die wir in der EU in Krisensituationen auch schon aufgenommen haben. Wenn wir Ziele haben, die Investitionen heißen an der einen oder anderen Stelle, dann macht es aus unserer Sicht durchaus Sinn, solche Finanzierungsinstrumente heranzuziehen. Mich interessiert da die Haltung Ihrer Regierung, wie Sie da rangehen, und natürlich die Frage der regionalen Fördermittel. In Berlin gab es vor Kurzem einen Aufschrei bei den freien Trägern, die soziale Dienstleistungen anbieten, weil sie mitbekommen haben, dass der Europäische Sozialfonds stark gekürzt werden soll. Das wirft in einer Stadt wie Berlin, die durchaus soziale Probleme hat, Fragen auf. Mich interessiert da die Haltung Ihrer Regierung, wie Sie da angehen wollen.

Dann kann ich den Kollegen Meyer etwas beruhigen. Wenn Sie ins Programm der irischen Ratspräsidentschaft schauen, finden Sie den Satz, dass die Fortschreibung und Verstärkung der europäischen Säule sozialer Rechte eine Priorität der irischen Präsidentschaft ist. Mit den fünf Prioritäten scheint es nicht getan zu sein, aber ich freue mich über diese Priorität. Mich interessiert an dieser Stelle: Was planen Sie da konkret? Ich habe weiter unten im Text gefunden, dass beispielsweise die Probleme von Arbeitssicherheit sehr stark in den Fokus genommen werden sollen. Das will ich ausdrücklich begrüßen, weil wir da in der Europäischen Union, wenn wir uns die Situation anschauen, durchaus Schwierigkeiten haben. Ich denke jetzt nur an Italien, da liegen mir Zahlen vor. In Italien ist es beispielsweise so, dass jeden Tag eine Arbeitnehmerin, ein Arbeitnehmer bei einem Arbeitsunfall tödlich verunglückt. Das ist zu viel.

Letzter Punkt – Sie haben es unter dem Aspekt Kinderschutz angesprochen, Exzellenz: Mich interessiert auch, anschließend an den Kollegen Meyer, die Frage: Wie steht denn Ihre Regierung zu der stärkeren Regulierung und auch Besteuerung von Tech-Konzernen. Da hat Irland eine besondere Verantwortung, möchte ich mal sagen. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt Herr Dr. Bronson für die AfD-Fraktion!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Ihre Exzellenz, für die Ausführungen! Ich möchte drei Fragen stellen, zum einen zum Beitritt der Ukraine zur EU, dann die Unruhen in Belfast und natürlich der Mehrjährige Finanzrahmen. Wie bewertet Irland den aktuellen Stand der EU-Erweiterungsverhandlungen, insbesondere mit Blick auf die Ukraine, Moldawien und den West-Balkan? Gibt es einen realistischen Zeitplan für erste Beitritte? Wie soll die Aufnahme der Ukraine vollzogen werden, deren exakte Grenzen durch einen aktiven Kriegszustand umstritten sind? Wie kann Kiew die Kopenhagener Kriterien erfüllen, die strikte Voraussetzung für einen Beitritt in die EU sein sollen? Ein Beispiel wäre: Zypern trat 2004 in die EU ein, mit Aussetzung des Acquis im nicht kontrollierten Nordteil. Würden Sie unter Ihrer Ratspräsidentschaft einen Beitritt der Ukraine mit russisch besetzten Gebieten nach dem Zypern-Modell unterstützen?

Zweite Frage: Es geht um die Unruhen in Belfast, die im letzten Monat nach einem schweren Messerangriff ausbrachen. Die Unruhen waren unverhältnismäßig. Dann hatten einige schon den Verdacht, dass die sogenannten „Troubles“ wieder aufkommen könnten, dass der Frieden zwischen den Unionisten und den Katholiken in Nordirland keineswegs beigelegt ist. Welche Auswirkungen haben diese Feindseligkeiten auf die Republik Irland, die auf eine Befriedigung und einen störungsfreien Handel mit Nordirland und damit auch mit dem United Kingdom einerseits angewiesen sind und der Republik Irland und damit der EU andererseits?

Last, but not least: Der Mehrjährige Finanzrahmen ist eine übergreifende Priorität. Das wurde schon mehrfach betont. Welchen Stellenwert hat für die irische Präsidentschaft die Kürzung von EU-Fördermitteln gegenüber der Aufstockung für Verteidigung und Sicherheit? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Als Nächster ist Herr Dr. King an der Reihe, der fraktionslose Abgeordnete.

Dr. Alexander King (fraktionslos): Vielen Dank! – Guten Tag, Frau Botschafterin! Sie haben vorhin die Position der EU, die sie im Konflikt Ukraine-Russland vertreten wollen, dargestellt. Was Sie aber nicht gesagt haben, was vielleicht noch interessant wäre, ist: Was stellen Sie sich denn vor, welche Rolle die EU spielen sollte für den Fall, dass es hoffentlich bald auch Verhandlungen über einen Frieden in der Ukraine gibt, denn das ist wohl das Entscheidende und nicht, wer wen wie stark bewaffnet, sondern ob irgendwann mal Frieden kommt, und Frieden kann nur mit Verhandlungen kommen. Die EU hat da bisher eine sehr passive oder gar keine Rolle eingenommen. Es warten, glaube ich, viele darauf, dass die EU auch dazu mal eine Vorstellung entwickelt, wie sie nicht nur den Krieg weiter fortführen, sondern Frieden erreichen will. Das wäre das eine.

Dann würde mich schon auch interessieren, wie Sie sich den Aufnahmeprozess der Ukraine konkret vorstellen. Die Ukraine ist nicht vergleichbar mit Irland. Sie ist viel größer, und ich glaube, die Herausforderung wäre auch ungleich größer für die Europäische Union, ein Land wie die Ukraine aufzunehmen. Die ungeklärten Fragen in Hinblick auf Grenzen und so weiter sind gerade gestellt worden.

Dann würde mich noch interessieren: Wir sind nicht nur der Europaausschuss, sondern auch der Medienausschuss. Es gibt die Kritik oder auch Befürchtung, dass dieser Kampf gegen die

sogenannte Desinformation sehr schnell ein Kampf gegen die Meinungs- und Pressefreiheit werden kann. Ich habe hier das Schicksal eines Berliner Journalisten, Hüseyin Doğru, angesprochen, der von EU-Sanktionen belegt ist, nicht, weil er irgendetwas mit Russland zu tun hat, sondern weil er kritisch über den Nahostkonflikt berichtet hat und ihm das so ausgelegt wurde, dass das quasi zur Destabilisierung der Öffentlichkeit in Deutschland führen würde. Es gibt schon eine autoritäre Tendenz in Deutschland und auch in der EU, die aus meiner Sicht die freie Presse und die freie Meinungsäußerung gefährden. Da würde mich Ihre Position interessieren. Es gibt noch andere Betroffene, Jacques Baud zum Beispiel. Er ist allerdings Schweizer Staatsbürger. Hüseyin Doğru ist deutscher Staatsbürger und Berliner. Deswegen sollte uns das interessieren. Ich weiß nicht, ob Sie solche Fälle und das Phänomen kennen und wie Sie zu dieser persönlichen Sanktionierung von Journalisten oder anderen kritischen Kommentatoren stehen, ohne jegliches Verfahren, ohne dass die Leute wissen, wie ihnen geschieht, was dazu führt, dass die Leute von der Möglichkeit, für ihr Leben, für das Leben ihrer Kinder und Familien zu sorgen, abgeschnitten werden.

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt habe ich mich abschließend noch mal auf die Redeliste gesetzt.

Andreas Otto (GRÜNE): Ich will noch eine Frage anschließen. Sie haben über die Gespräche mit möglichen Beitrittskandidaten berichtet und das auch in den Kontext der eigenen irischen Erfolgsgeschichte von 1973 gestellt. Wenn ich es richtig weiß, sind Sie seit über zehn Jahren Nettozahler in die EU. Sehen Sie dieses Potenzial auch bei Einzelnen der Beitrittskandidaten, dass man sagt, die werden in einer absehbaren Anzahl von Jahren so einen Entwicklungssprung – Bei Ihnen spricht man immer vom keltischen Tiger, glaube ich. Sehen Sie auch da das Potenzial? Sie haben zum Beispiel Montenegro erwähnt. Sie haben über die Ukraine gesprochen, aber auch Gespräche mit Moldawien erwähnt. Wie sehen Sie da solche Potenziale für eine ähnliche Entwicklung innerhalb der Europäischen Union? – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Dann ist die Redeliste zunächst erschöpft. Habe ich irgendjemanden übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann würden wir Ihnen die Gelegenheit geben, Fragen zu beantworten und dann vielleicht abschließend den Staatssekretär noch mal ans Mikrofon bitten.

I. E. Maeve Collins: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Darf ich auf Englisch antworten?

Vorsitzender Andreas Otto: Das müsste dann übersetzt werden.

I. E. Maeve Collins: Ich bin nicht sicher, ob ich das alles auf Deutsch oder sogar auf Englisch schaffen kann. – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrunner: Vielen Dank erst mal für Ihre Fragen! Sie haben eine große Bandbreite an Themen aufgegriffen. Ich werde erst mal versuchen, diese Themen einzeln und im Block jeweils zu behandeln. Lassen Sie mich erst mal auf den MFR eingehen. Wie Sie bereits gesagt haben, ist das ein wirklich schwieriges Thema. Es ist ein enger Zeitrahmen, den wir haben, um einen neuen Finanzrahmen festzulegen. Wir wollen ein konstruktiver Partner in den Verhandlungen sein, wir zählen aber natürlich auch auf den guten Willen aller Mitgliedstaaten in diesem Bereich. Wir sind sehr willens, eine neue Struktur, einen neu-

en Finanzrahmen zu gestalten, und wir hoffen natürlich auch auf die Flexibilität und Konstruktivität.

Wir wollen weiterhin die Ukraine unterstützen. Das ist eine unserer Hauptprioritäten, wie auch Sicherheit und natürlich Verteidigung, die hier besonders wichtig sind. Wir hoffen, dass wir bei diesem MFR zu einem Abschluss kommen. Irland ist dabei natürlich besonders daran interessiert, dass auch die Regionen, die einen Meereszugang haben, im MFR besonders berücksichtigt werden. Natürlich müssen wir Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander in Einklang bringen. Hier, denke ich, sind Investitionen von entscheidender Bedeutung im nächsten MFR. Es geht hier besonders um Investitionen in erneuerbare Energie.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Wir wissen, dass es eine schwierige Aufgabe ist, die auf uns zukommt, und wir wissen natürlich, dass andere Länder andere Strukturen haben, föderale Strukturen, nicht wie Irland, das recht zentral angelegt ist. Wir wertschätzen dieses Subsidiaritätsprinzip innerhalb der EU und werden auch darauf Wert legen. Wir haben selber die Vorteile und Vorzüge des Kohäsionsfonds gesehen und genossen. Wir wissen also auch um die Wichtigkeit dieses Fonds, die dieser Fonds auch in wohlhabenderen Regionen innerhalb der EU spielt.

Die schwierige Frage ist natürlich: Wie kann man diese Brücke schlagen von unseren Prioritäten hin zu einem EU-Haushalt, der vielleicht für einige Mitgliedstaaten nicht groß genug ist, so wie er sein sollte. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, die vor uns liegt, aber ich denke, wir haben eine gute Basis von unseren Kollegen aus Zypern bekommen. Wir werden nun die Arbeit beginnen, um diese Brücke zu schlagen.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Lassen Sie mich nun auf Ihre Fragen bezüglich einer möglichen EU-Erweiterung eingehen. Wie Sie bereits gesagt haben, hat Irland von einer eigenen Erweiterung profitiert und war unter den ersten Mitgliedstaaten, die unter der ersten EU-Erweiterung hinzugekommen sind und konnte von den Vorzügen profitieren. Wir wollen also sicherstellen, dass auch andere Länder, andere Staaten Zugang zu diesen Vorzügen haben. Lassen Sie mich aber eines ganz besonders klarstellen: Ich denke, dass unsere Position einer weiteren EU-Erweiterung ein geostrategisches Ziel darstellt, ein Ziel für Frieden, Sicherheit und Stabilität für den gesamten europäischen Kontinent. Ich denke, die Kosten, dieses nicht zu tun, sind bei Weitem größer als die Kosten einer weiteren EU-Erweiterung.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Eine unserer Prioritäten ist es auch, die Verhandlungen mit Montenegro zu einem Abschluss zu führen und hier den Vertrag fertig auszuhandeln. Wir wollen außerdem den Fortschritt in den Verhandlungen mit der Ukraine erreichen, mit Moldau sowie Albanien. Wir wissen auch, dass ein mögliches Referendum in Island ansteht. Wir wollen die Vorzüge einer Mitgliedschaft in den Kandidatenländern sowie auch für die Bürger in diesen Ländern kommunizieren. Wir wollen gegen Desinformation vorgehen, vor allem in

den östlichen Ländern, die dazu dient, unseren Kontinent zu destabilisieren. Ich denke, das ist eine Pflicht für alle Mitgliedstaaten.

Wir wollen natürlich auch daran arbeiten, dass wir strukturiert vorgehen, eine Struktur schaffen und dass weiterhin die EU für die Bürger arbeitet. Natürlich wollen wir auch unsere Werte schützen, und das gilt auch für die Werte in den Kandidatenstaaten.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Nun möchte ich auf eine Problematik bezüglich Ungarn eingehen, das war ein weiterer Punkt, dass dieser Fortschritt dem entgegensteht und dass es vielleicht auch schwierig ist, in diesem Zusammenhang auf eine weitere EU-Erweiterung zu setzen. Wir wollen konstruktiv mit den anderen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, eine Lösung finden und eine Verbesserung anstreben, dass die Kandidaten, die Reformen eingeführt haben, auch dafür belohnt werden sollten. Wir wollen nicht, dass Reformen dazu führen, dass die Kandidatenländer nun keine Reformen mehr einführen und das weiterhin daran konstruktiv gearbeitet wird.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Dann die Frage zu einer möglichen Mitgliedschaft der Ukraine, und um hier ein bisschen in die Zukunft zu schauen: Ich weiß, dass Länder, wie auch mein eigenes Land, sehr profitiert haben, eine gute Erfahrung gemacht und wirtschaftliche Entwicklungen genossen haben. Da ist mein Land aber nicht alleine und hat diesen Aufschwung nach der EU-Mitgliedschaft genossen. Inzwischen leisten wir einen Beitrag für das wirtschaftliche Wachstum in der EU, und ich möchte hier aber auch die baltischen Staaten, Spanien und Polen betonen, die ebenfalls einen ähnlichen wirtschaftlichen Aufschwung nach der Mitgliedschaft genossen haben.

Ich denke, ich und mein Land sind optimistisch, dass auch die heutigen Kandidatenländer dazu beitragen können. Wir wollen das weiter strukturiert angehen, und wir denken auch, dass die EU die notwendigen Kapazitäten dafür hat.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Lassen Sie mich auf ein weiteres Thema unserer Ratspräsidentschaft eingehen. Das ist die Sicherheit von Kindern online. Das ist, wie gesagt, eine unserer Prioritäten. Wir wollen auf EU-Ebene ein digitales Mindestalter festlegen und schaffen, aber wir wollen vor allem auch von den jungen Menschen, von den Kindern hören, von ihrer Erfahrung und was sie denken, was zur Sicherheit beitragen kann. Wir werden hierfür ein Jugendforum in die Wege leiten, und der Ausgang dieses Forums wird direkt in eine Konferenz einfließen, die im September stattfinden wird. Hier werden Politikerinnen und Politiker zusammenkommen, Experten aus der Industrie, aus Wissenschaft und auch junge Menschen, um diese Themen miteinander zu diskutieren.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Eine Frage, die sich direkt daran anlehnt, ist die über die großen Tech-Unternehmen und die Frage der Regulierung. Ich denke, eines ist klar, Irland unterstützt die Rechtsvorschriften und dass auch einzelne EU-Länder einzelne Rechtsvorschriften einführen können. Wir unterstützen die EU dabei, Onlineplattformen zur Rechenschaft zu ziehen und weitere Rechtsvorschriften einzuführen. Hier geht es auch darum, die Liste innerhalb der EU-KI-Vorschrift weiterhin auf dem Laufenden zu halten, dass sie Schritt hält mit den Entwicklungen. Wir wollen auch, dass Unternehmen, die einen Hauptsitz in Irland haben, ordentlich besteuert werden. Dazu haben wir Maßnahmen ergriffen. Wir wollen mit der Kommission innerhalb unserer Präsidentschaft zusammenarbeiten, dass wir Unternehmen weiter besteuern. Außerdem haben wir eine Datenschutzbehörde in Irland, die daran arbeitet und die hier sehr aktiv ist in dem Bereich, gegen Unternehmen vorzugehen, die nicht den Datenschutz einhalten, der in der EU herrscht. Außerdem wissen wir, dass die irische Datenschutzbehörde in Deutschland vor Ort war und sich mit Parlamentariern, Politikern und deutschen Kollegen ausgetauscht hat.

Zum Thema Unternehmensbesteuerung wollen wir sagen, dass wir hier eine Politik eingeführt haben, die natürlich beide Aspekte kombiniert. Es geht darum, Investitionen zu schaffen und Arbeitsplätze zu sichern. Ich denke, hiermit haben wir zuletzt auch Erfolg gehabt. Wir haben viele multinationale Unternehmen in Irland, die dort ihren Sitz haben. Dazu gehören nicht nur die Big-Tech-Unternehmen, sondern auch Unternehmen aus den Bereichen Pharma, Chemie und IKT. Ich denke, die Steuerpolitik für kleinere Länder sollte natürlich etwas angepasst werden, aber es sollte auch sichergestellt werden, dass der Wettbewerb fair und gleich bleibt. Deswegen haben wir eine Unternehmensteuer eingeführt, die zentral für die Unternehmen ist, die in Irland Einkommensteuer zahlen müssen. Das ist also eine Steuer, die wir eingeführt haben.

Außerdem haben wir laut OECD, Säule 2, die 15 Prozent Mindestbesteuerung für Unternehmen eingeführt. Wir gehen stark gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung vor. Wir wollen weiterhin die Steuerrechtsvorschriften auf dem aktuellen Stand halten und sind hierfür auch in Diskussionen mit der OECD und der Europäischen Union.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Nun zu einer weiteren Frage, die wir vorher schriftlich erhalten haben. Es geht darum, ein Budget für Künstlerinnen und Künstler zu schaffen. Ich weiß, dass ein Mitglied des Senats einen unserer Workshops zu diesem Thema bereits besucht hat, und das ist nicht nur ein symbolischer Akt, sondern eine permanente Priorität für unsere Regierung, ein Meilenstein, den wir umsetzen wollen. Wir haben ein permanentes Budget für Kunstschaftende geschaffen. Basierend auf Forschung haben wir unsere Entscheidung getroffen. Wir wollen dieses Jahr 18,27 Millionen Euro für Kunstschaftende zur Verfügung stellen, das heißt, die Regierung wird hierbei 2 000 Künstler unterstützen. Wir mussten hier einen Kompromiss eingehen, weil wir natürlich nicht für alle Kunstschaftenden genügend Budget zur Verfügung haben, aber wir wollen noch weiter daran arbeiten, dass wir auch in Zukunft Kunstschaftende weiter unterstützen können.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Lassen Sie mich noch auf die gegenwärtige Situation in Nordirland und die Ausschreitungen hierzu in Belfast eingehen. Ich möchte nur noch einmal betonen, dass wir diese Ausschreitungen aufs Schärfste verurteilen. Wir haben sehr großes Vertrauen in den Friedensprozess, aber es zeigt auch die Notwendigkeit, hier weiterhin vorsichtig zu bleiben. Auch wenn es um Desinformationen von externen Akteuren geht, müssen wir weiterhin sehr achtsam bleiben. Das zeigt auch, dass Demokratie, Frieden und Sicherheit jeden Tag neu gelebt werden müssen und dass wir das nicht für selbstverständlich hinnehmen können. Die irische Regierung wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um weiterhin produktive und konstruktive Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich einzugehen. Wir denken weiterhin, dass der Friedensprozess erfolgreich sein wird, dass jeder, der auf unserer geteilten Insel lebt, von guten Lebensbedingungen und von Rechtsstaatlichkeit profitieren kann.

I. E. Maeve Collins: – spricht auf Englisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Ich hoffe, wir konnten alle Fragen beantworten. Ich weiß, die Zeit ist ein wenig vorangeschritten. Dafür entschuldige ich mich und bedanke mich recht herzlich bei Ihnen allen!

Vorsitzender Andreas Otto: Wir bedanken uns bei Ihnen. Wir hatten eine Stunde eingeplant, die ist jetzt schon um. Ich vermute, Sie müssen auch zum nächsten Termin. Ich würde jetzt nicht noch mal die Fragerunde eröffnen. – Herr Schatz! Hatten Sie sich gemeldet? – [Carsten Schatz (LINKE): Ja!] – Sind Sie der Einzige, oder gibt es noch weitere Nachfragen? Wenn es nur eine Nachfrage ist, dann lasse ich die noch zu.

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Ihre Exzellenz, für Ihre Antworten! Vielleicht ist es mir entgangen, aber das Thema europäische Säule sozialer Rechte habe ich nicht gehört. Das schicken Sie aber sicher nach. Das hatten Sie vorher gesagt, dass wir da per Mail eine Antwort bekommen. Das würde mir auch reichen. Ich möchte einen Wunsch äußern. Ich habe mit viel Freude in dem Programm Ihrer Regierung für die Präsidentschaft gesehen, dass Sie die irische Sprache – sie ist seit 2022 offizielle Arbeitssprache der EU, sehr schön – jetzt auch bei den Events, die kommen, nutzen wollen. Ich wünsche mir eine Verabschiedung auf Irisch, weil ich finde, die sprachliche Vielfalt ist so wichtig in Europa, und das sollten wir miteinander pflegen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Eine Frage und ein Wunsch.

I. E. Maeve Collins: Vielen Dank! – spricht auf Irisch –

Dolmetscherin Carolin Schrinner: Vielen Dank an Ihrem Interesse auch an diesem Thema! Ich habe mich wirklich sehr gefreut, heute hier sein zu dürfen. Es war mir eine große Ehre, auch mit Ihnen in den Austausch zu treten. Ich hoffe, wir werden eine interessante Präsidentschaft sehen und dass auch Sie sehen werden, dass Ihre Wünsche und Prioritäten in unserer Präsidentschaft berücksichtigt werden.

Ich entschuldige mich, dass ich Ihre Frage zur sozialen Kohäsion nicht vollständig beantwortet habe. Deswegen lassen Sie mich noch kurz darauf eingehen, dass natürlich soziale Kohäsion ein großes und wichtiges Thema für uns ist und dass wir in einem Europa leben wollen, wo der Wohlstand gleich und gerecht verteilt wird, dass wir sehen, dass sowohl Landwirte als

auch normale Arbeiter mit ihren Familien einen guten Lebensstandard haben und diesen genießen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Ich möchte Herrn Staatssekretär Hauer noch einmal kurz das Wort geben.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Tatsächlich nur kurz, weil das jetzt so ein schöner Abschluss war. Den möchte ich deswegen jetzt gar nicht unnötig in die Länge ziehen. Ich möchte mich auch noch mal inhaltlich dafür bedanken, dass Sie gerade beim Thema EU-Erweiterung auf die Chancen und Potenziale hingewiesen haben, das auch noch mal ausgeführt haben anhand des Beispiels Ihres Landes, das mittlerweile eine der Wachstumslokomotiven ist und auch Nettozahler der EU. Ich möchte an der Stelle auch noch mal für Berlin betonen: Ich habe vorhin die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 erwähnt, was das für uns für ein großer Erfolg war, auch geostrategisch definitiv, aber auch wirtschaftspolitisch, wenn man sich anschaut, dass Polen mittlerweile einer unserer wichtigsten Handelspartner ist, mittlerweile dritter Platz nach den USA und Frankreich. Ich bin mir ganz sicher, dass es ohne EU-Osterweiterung so nicht wäre. Das zeigt, dass eine EU-Osterweiterung nicht etwas ist im Sinne von, wir tun den Beitrittsländern etwas Gutes, sondern am Ende profitieren alle davon, die gesamte Europäische Union, also die alten Mitgliedsländer und die neuen. Ich finde, in diesem Geiste muss man das auch angehen. Das hat also nicht nur eine geostrategische Komponente, die es definitiv hat, sondern es ist auch zum Nutzen aller, auch der alten Mitgliedsländer. Das fand ich gut, dass Sie darauf noch einmal hingewiesen haben. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Mein letzter Satz, weil Herr Schatz vorhin das Thema Gemeinschaftsschulden angesprochen hat: Ich habe dazu vorhin auch schon etwas gesagt. Ich glaube nicht, dass Gemeinschaftsschulden die Lösung sein können, um die Herausforderungen beim EU-Haushalt zu meistern. Wir haben im Zusammenhang mit dem Corona-Wiederaufbaufonds Next Generation EU immer noch 800 Milliarden Euro Schulden, und die Rückzahlung und die Tilgung und die Zinszahlungen auf diese Schulden sind eines der Probleme, die wir jetzt im Rahmen des nächsten EU-Haushalts lösen müssen. Genau diese Schulden sind jetzt eines der Probleme, warum wir mit dem Geld nicht auskommen. Diese 800 Milliarden Euro müssen wie alle Schulden auf der Welt getilgt werden, und zumindest müssen Zinsen darauf gezahlt werden. Ich erlaube mir den Hinweis: Vor einigen Wochen gab es eine Presseberichterstattung, was mit dem Geld teilweise zum Beispiel in Spanien gemacht wurde. Dort wurde berichtet, dass es auch in die Finanzierung von Rentenzahlungen geflossen ist, also in konsumtive Ausgaben. Das zeigt vielleicht auch, dass Schulden an sich für sich genommen nicht immer sinnvoll sind, sondern manchmal für Dinge ausgegeben werden, für die sie gar nicht gedacht sind. Deswegen sehe ich darin nicht das Allheilmittel, eher im Gegenteil, ich teile die Bedenken der Bundesregierung. Ich habe aber auch gesagt, dass zum Beispiel Eigenmittel eine Lösung sein können, sofern sie am Ende nicht faktisch nur eine steuerliche Mehrbelastung für die Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger der EU sind. Das wollte ich noch anmerken. – Ansonsten noch einmal vielen Dank und Ihnen alles Gute für die Aufgabe besonders im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft, aber auch für Ihre weitere Tätigkeit als Botschafterin hier in Berlin. Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit mit Ihnen auch persönlich. – Vielen Dank!

I. E. Maeve Collins: Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Mir bleibt Danke zu sagen im Namen des Ausschusses, dass Sie heute hier bei uns gewesen sind und uns Rede und Antwort gestanden haben. Es sind unruhige Zeiten, und Sie haben sich sehr viel vorgenommen als Ratspräsidentin Ihrer Regierung. Sie haben uns das heute hier, wie ich finde, doch sehr ausführlich und wunderbar erläutert. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg! Der Finanzrahmen ist natürlich für Berlin besonders wichtig, aber auch alle anderen Fragen, die wir diskutiert haben. Die Osterweiterung und der Friedensprozess in Europa sind sehr wichtig für uns, und da wünschen wir Ihnen viel Erfolg. – Danke schön!

[Unterbrechung der Sitzung von 11.17 bis 11.24 Uhr]

– Frau Ahmadi zur Geschäftsordnung.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – In Anbetracht der Zeit und der Wichtigkeit der Anhörung gerade, schlage ich vor, dass wir die Sitzung um eine halbe Stunde verlängern. Wenn wir früher fertig sind, sind wir früher fertig, wenn nicht, sollten wir die Debatte nicht unterbrechen und uns zu wenig Zeit dafür nehmen.

Vorsitzender Andreas Otto: Mit dem Verlängern ist es immer so eine Sache. Ich würde sagen, wenn wir nicht 12.30 Uhr schaffen und es ein paar Minuten länger geht, dann ist es okay. Wir haben Gäste, und es ist natürlich ein Appell an alle, sich mit ihren Fragen und Koreferaten kurz zu halten. – Eigentlich wollte ich noch den Tagesordnungspunkt 4 beenden. Die Anhörung mit der Botschafterin schließen wir ab, und es gibt ein Wortprotokoll.

Wir kommen zu

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50
Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 19/3296
**Erster Staatsvertrag zur Änderung des rbb-
Staatsvertrages**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0275](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

- b) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3361
**Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des
rbb-Staatsvertrages**
– Vorabüberweisung –

[0276](#)
BuEuMe

Wir haben verabredet, dass wir insbesondere zu Punkt 5 a eine Anhörung machen. Dazu begrüße ich Frau Eßwein vom rbb. Herzlich willkommen! Sie ist die stellvertretende Justiziarin. Dann ist da Herr Georg Heil, der Chefredakteur. Herzlich willkommen auch Ihnen! Und wir

haben als Externen den Geschäftsführer beim DJV Berlin, Herrn Sebastian Scholz. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie wieder bei uns sind.

Ich gehe davon aus, dass wir ein Wortprotokoll machen. Das ist jetzt anders als vorhin. Es ist kein Fraktionsantrag, das heißt, die Begründung erfolgt dadurch, dass der Senat uns diesen Vertrag erklärt, und dann starten wir die Anhörung. Es ist auch ein bisschen ungewöhnlicher, dass wir sowohl die Anhörung machen als auch am Schluss über den Vertrag abstimmen. Das machen wir sonst eigentlich anders. Wir machen immer eine Anhörung, dann überlegen wir, lesen das Wortprotokoll, und dann stimmen wir ab. Das ist jetzt dem Ende der Legislatur schuldet, dass für das heute in einer Veranstaltung machen, und das muss dann wohl auch so sein. Das ist der grobe Ablauf. Der Senat fängt an, dann die Anzuhörenden, fünf Minuten haben wir mit Ihnen verabredet. Dann gibt es die Fragerunde der Damen und Herren Abgeordneten, und dann haben Sie Gelegenheit für ein zweites Statement. Dann sind wir damit durch und stimmen ab. So ist jetzt der Ablauf. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Beim rbb werden wir es sehen. Es sind zwei da, und ich habe auch beiden gesagt, sie sind Anzuhörende, aber sie werden sicherlich verantwortlich damit umgehen. Warum sind die beiden da? – Das eine ist der Programmensch, und das andere ist die Justiziarin. Wir haben es mit einem umfassenden Vertrag zu tun. Es kann sein, dass beide etwas beitragen wollen. Sie sind schon beide Anzuhörende. Es ist nicht so, dass einer den anderen mitgebracht hat, ohne dass wir das wussten. So wird es sein. Dann haben wir den Ablauf geklärt. – Ich würde zunächst Herrn Staatssekretär Hauer zur Einführung in die Thematik das Wort geben.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank! Das mache ich gerne. Die vorliegende Reform ist eine vom Umfang und von der Substanz her kleinere Reform des rbb-Staatsvertrages. Sie dient vor allem der Umsetzung des zum 1. Dezember 2025 bundesweit in Kraft getretenen Reformstaatsvertrages. Die jetzt vorliegende Änderung beinhaltet unter anderem eine Präzisierung des Programmauftrages des rbb. Sie setzt verbindliche Maßstäbe für Kooperationen mit privaten Rundfunkveranstaltern, um die regionale Vielfalt im dualen System zu stärken. Die Reform sieht zusätzliche Kompetenzen für die Aufsichtsgremien, namentlich dem Rundfunk- und Verwaltungsrat, des rbb vor. Auch das möchte ich an der Stelle hier erwähnen und betonen, gerade auch auf Wunsch der beiden Parlamente in Potsdam und Berlin: Es wird die Parlamentsberichterstattung im Arbeitsauftrag für den rbb verankert, damit das parlamentarische Geschehen in den Ausschüssen und im Plenum des Abgeordnetenhauses weiterhin umfassend abgebildet wird. Zudem soll auch die Zusammenarbeit des rbb mit Bildungs- und Kultureinrichtungen gestärkt werden.

Weitere Elemente des vorliegenden Staatsvertrages sind die Verankerung von mehr Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, unter anderem durch eine Präzisierung der Regelung zur Vergütungsstruktur durch den Wegfall der Landessenderleitung für Berlin, die bisher noch nicht besetzt war und eine zusätzliche aus Berliner Sicht nicht notwendige, aber doch sehr gut dotierte Stelle bedeutet hätte.

Zur Reform gehört auch eine Reduzierung der Hörfunkprogramme aufgrund der Vorgaben des Reformstaatsvertrages. Das ist uns also vorgegeben, dass wir dort die Hörfunkprogramme von sieben auf sechs reduzieren müssen. Konkret betrifft das den Sender COSMO. An der Stelle möchte ich zwei Dinge erwähnen: Uns ist es nicht leicht gefallen, gerade auch mit Blick auf, was wir auch heute an verschiedenen Stellen hatten, die Bedeutung der berlin-polnischen Beziehung und der Polnisch sprechenden Menschen. Wir haben aber zum einen

die Zusage des rbb, dass Angebote für Integration und migrantische Vielfalt im gesamten Programmangebot weiterhin berücksichtigt werden. Ich muss an der Stelle auch erwähnen, weil das dazu gehört, dass wir ein Stück weit es gar nicht in der Hand gehabt hätten, da die Federführung für den Sender COSMO rechtlich, finanziell und programmlich beim WDR Köln liegt und dort in Köln beim WDR bereits eine entsprechende Entscheidung getroffen wurde, insofern auch Fakten geschaffen wurden und wir es gar nicht Hand gehabt hätten.

Das von meiner Seite als kurze Einleitung zum Inhalt des vorliegenden Siebten Staatsvertrages. Wie gesagt, es ist die nächste Stufe einer Reform. Es ist aber nach dem, was wir zuletzt auf den Weg gebracht hatten, nur eine kleinere Anpassung. Ich bin überzeugt, dass wir auch hier eine gute und ausreichende Beratung dessen hinbekommen. Darüber werden wir sicherlich gleich auch noch einmal sprechen, und dem dient auch die heutige Anhörung. Ich freue mich auf eine gute Beratung und einen guten Austausch mit den Sachverständigen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann sind wir bei Ihnen und fangen von links nach rechts an. Frau Eßwein, Herr Heil, wer beginnt? Herr Scholz danach. – Bitte schön! Sie haben das Wort.

Georg Heil (Rundfunk Berlin-Brandenburg – rbb –; Chefredakteur): Ganz herzlichen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender Otto! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Hauer! Sehr geehrter Mitarbeitende! Sehr geehrter Herr Scholz! Sehr geehrte Anwesende! Ganz herzlichen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, hier zur Änderung des rbb-Staatsvertrags Stellung zu nehmen! Unsere Intendantin, Ulrike Demmer, wäre heute gerne selbst hier gewesen und hätte mit Ihnen gesprochen. Sie ist aber leider verhindert und bittet Sie, dies herzlich zu entschuldigen! Frau Eßwein und ich nehmen heute diesen Termin sehr gern für den rbb wahr, und ich würde Ihnen gerne im Folgenden einen kurzen Überblick über die Lage im rbb aus unserer Sicht geben.

Wir stehen heute an einem ganz anderen Punkt als 2024. Der rbb ist konsolidiert, der rbb ist zahlungsfähig, und der rbb ist erfolgreich, in vielen Belangen sogar so erfolgreich wie noch nie. Gleichwohl müssen wir uns für die Zukunft neu aufstellen. Sie bietet viele Herausforderungen, und der Prozess der Neuaufstellung läuft derzeit. Relevanz der Berichterstattung und Vertrauen in den rbb spielen dabei eine zentrale Rolle. Auch hier stehen wir bereits heute gut da. Für 75 Prozent der Menschen in Berlin und Brandenburg ist der rbb vertrauenswürdig. Drei Viertel der Menschen sagen das. 82 Prozent der Menschen in der Region halten den rbb für relevant. Gleichzeitig haben wir in Reichweiten, in Quoten, etwa bei der „Abendschau“ oder auch bei unseren Spätnachrichten, bei 88,8, bei Inforadio sehr große Marktanteile, sind in vielen Bereichen Marktführer. Darauf sind wir stolz, und da gilt der Dank unseren Mitarbeitenden, denn dieser Erfolg ist ihr Verdienst. Das Vertrauen der Menschen in Berlin und Brandenburg sehen wir als unsere Verpflichtung an, und das wollte ich einmal vorab sagen.

Ich möchte Ihnen jetzt einen kurzen Überblick über den Stand unserer Konsolidierungsmaßnahmen geben. Wir haben am 30. April unser Freiwilligenprogramm abgeschlossen, bei dem Mitarbeitende die Möglichkeit hatten, freiwillig den rbb zu verlassen. Das war ein Programm, das auf doppelte Freiwilligkeit angelegt war. Auch der rbb musste dem zustimmen, damit wir nicht planlos in wichtigen Bereichen Mitarbeitende verlieren. Durch dieses Freiwilligen- oder auch Anspracheprogramm wurden insgesamt – im Terminus technicus – 160 Mitarbeiterkapazitäten abgebaut, das alles unter der Prämisse, Überlast, zu hohe Arbeitsverdichtung bei den verbleibenden Mitarbeitenden möglichst zu vermeiden, möglichst gering zu halten. Das war die Grundlage jeder Personalentscheidung. Wir haben eine Kommission eingerichtet unter Beteiligung der Mitarbeitendenvertretung, des Personalrats, und der Personalabteilung, die sich Arbeitsverdichtung und Überlast anguckt und diesen Punkt sehr genau im Auge behält. Hier sitzen alle Beteiligten an einem Tisch. Der rbb hat von sich aus kein Interesse daran, dass Mitarbeitende überlastet werden, denn dann wären sie nicht nachhaltig leistungsfähig. Dennoch wissen wir, dass der Prozess natürlich vielen Mitarbeitenden viel abverlangt hat, und wir haben vertraute Kolleginnen und Kollegen und Expertise durch den Weggang dieser 160 Mitarbeiterkapazitäten verloren. An dieser Stelle möchte ich mich aufrichtig bei allen bedanken, die den rbb verlassen haben und in herausfordernden Zeiten immer ihr Engagement gezeigt haben.

Mit Blick auf diesen Konsolidierungsprozess können wir sagen: Es war der richtige Weg. Es war nicht einfach, aber wir haben unser Ziel erreicht. Nach aktuellem Stand belaufen sich die

Einsparungen für die Jahre 2026 bis 2028 auf rund 45 Millionen Euro. 60 Prozent dieser Einsparungen entfallen auf festangestellte Mitarbeitende, 25 Prozent auf freie Mitarbeitende. Es freut mich ganz besonders, dass die Konsolidierung nicht vorrangig auf dem Rücken oder zulasten freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt ist. 16 Prozent der Einsparungen entfallen auf Sachmittel. Wichtig für uns ist dabei: Wir haben im Wesentlichen Personal und nicht Programm abgebaut. Im Gegenteil, wir haben gespartes Geld genutzt. Es hat uns erlaubt, ins Programm zu investieren. Schon im vergangenen Dezember konnten wir 4,4 Millionen Euro dem Programm wieder zuführen. Wir haben unter anderem 40 ganz unterschiedliche zusätzliche Regionalreportagen ins Fernsehen und in die digitalen Plattformen gehoben, die durchaus sehr erfolgreich sind. Wir haben, wie Sie alle wissen, eine werktägliche halbe Stunde Liveprogramm auseinandergeschaltet für Berlin und für Brandenburg, unsere Spätnachrichten, und die erste Zwischenbilanz fällt auch hier sehr positiv aus, insbesondere für das Land Berlin, wo wir die Möglichkeit haben, in einem ganz anderen Setting abends auf den Tag zurückzuschauen, Liveschalten aus Kiezen zu machen und noch näher an den Menschen zu sein.

Parallel haben wir die strukturelle Erneuerung des rbb angestoßen. Ausgangspunkt dieser Reorganisation ist die Neuaufstellung der zweiten Führungsebene, also der Ebene unterhalb des Direktoriums. Das Direktorium selbst ist, wie Sie wissen, deutlich verkleinert worden von vier auf zwei Direktionen. Die Gehälter der Direktorin, des Direktors und der Intendantin wurden im Vergleich zu den Zeiten davor reduziert. Zuletzt sind sieben neu definierte Führungspositionen an die Stelle von bislang zwölf sogenannten Hauptabteilungen getreten. Auch diese Veränderung dient einem klaren Ziel: Der rbb soll effizienter werden. Wir wollen schneller werden, und wir wollen handlungsfähiger werden. Wir wollen zu einer lernenden Organisation werden, in der Veränderung Routine und nicht Kraftakt ist, klaren Zuständigkeiten, kürzeren Wegen und einer Struktur, die zu den finanziellen Möglichkeiten des rbb passt und den Aufgaben, die der rbb hat, gerecht wird. Dass die Baustellen in diesen strukturellen Fragen weniger werden, spiegelt sich nach unserem Empfinden auch in der Novelle, dem Ersten rbb-Änderungsstaatsvertrag, wider. Wenige fundamentale, wenngleich nicht weniger wichtige Änderungsvorschläge sieht dieser vor. Der Gleichschritt mit dem Reformstaatsvertrag ist hierbei ganz besonders zu bemerken und zu unterstreichen, und wir begrüßen daher die Novellierung des Staatsvertrages und auch ausdrücklich, dass die Gesetzgeber in beiden Bundesländern an der Zukunft eines erfolgreichen und finanziell soliden rbb interessiert sind.

Aspekte wie internationale Verständigung, europäische Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Rahmen des Programmauftrags des rbb stärker zu betonen, halten wir für ein ganz wichtiges Zeichen, auch wenn sich das selbstverständlich bereits heute in unserem Programm widerspiegelt und wir uns an diesen Maßstäben orientieren. Es braucht klare gesetzliche Grundlagen. Gesetzliche Vorgaben müssen jedoch auch dem rbb den notwendigen Spielraum für journalistisch verantwortete Schwerpunktsetzungen, für die Formatauswahl, für die redaktionelle Unabhängigkeit und die Flexibilität ermöglichen und gleichzeitig ermöglichen, dass wir uns auf veränderte Mediennutzungsgewohnheiten, technologische Veränderungen und gesellschaftliche Entwicklungen einstellen können. Im Mittelpunkt steht für mich und für den rbb insgesamt die journalistische Qualität. An der sind wir zuvorderst zu messen. Sie ist Kern unseres Auftrags, und der Anspruch, nah dran zu sein an den Berlinerinnen und Berlinern, an den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, gehört ebenso dazu. Daran arbeiten wir jeden Tag. Das kann immer besser werden. Wir sind aber auch schon auf einem sehr guten Stand. Das wird uns auch gespiegelt. Ich war gestern in Brandenburg bei einem Fest,

beim Sommerabend, und da haben viele Leute von sich aus den rbb als ihren Heimatsender benannt. Das freut uns und macht uns stolz, und das ist auch Verpflichtung. Wir sind als rbb präsent in der Region, in Perleberg, in Prenzlau, in Brandenburg an der Havel, in Cottbus, in Frankfurt (Oder), und das ist für dieses Flächenland Brandenburg sehr wichtig. Hier in Berlin wollen wir unsere Kiezkompetenz weiter ausbauen.

Zwei Punkte stehen für mich im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung besonders im Fokus, Sie sprachen es an. Es geht um die Parlamentsberichterstattung und die Frage der kulturellen Vielfalt, insbesondere in Hinblick auf COSMO.

Zur Parlamentsberichterstattung: Die ist ein Kernauftrag des rbb. Da sind wir, glaube ich, alle einig, und sie ist ein wesentlicher Bestandteil der demokratischen Verantwortung. Parlamente sind das Herzstück unserer Demokratie, und durch die Berichterstattung über die Arbeit in den Parlamenten wird die Arbeit der Abgeordneten und Ihre Arbeit für die Wählerschaft sichtbar. Bürgerinnen und Bürger erhalten Zugang zu politischen Entscheidungen und können sich so ihre Meinung bilden. Wir sehen das als integralen Bestandteil bereits heute auf allen Kanälen, in der „Abendschau“, bei rbb24 digital, bei rbb24 Inforadio und unseren anderen Hörfunkangeboten. Das ist nicht wegzudenken, und wir wollen, das ist hier ein klares Bekenntnis, in beiden Bundesländern, aber natürlich, weil wir hier in Berlin sind, vor allem die Berliner landespolitische Redaktion deutlich personell stärken und die Kompetenz, auch die Fachkompetenz, in der landespolitischen Berichterstattung noch weiter erhöhen und ausbauen. Wir sehen diesen Bedarf und wollen dem nachkommen. Gleichzeitig müssen wir natürlich bei allen Angeboten, die wir machen, Kosten, Nutzen, den Ertrag und die Reichweite abwägen und unsere Zielgruppen im Blick behalten. Wir prüfen daher, wie wir die politische und die parlamentarische Berichterstattung so gestalten, dass sie mehr Menschen erreicht, verständlich und zeitgemäß. Ergebnisbezogene und besonders relevante Ausgaben und Parlamentsberichterstattung wird es weiter geben. Zugleich wollen wir neue Formate politischer Berichterstattung entwickeln. Hier ist der digitale Raum, der nonlineare Raum, natürlich ganz besonders wichtig und auch jüngere Zielgruppen, die von den bestehenden Formaten vielleicht nicht immer ganz zielgruppengerecht angesprochen werden.

Bei der kulturellen Vielfalt ist es ähnlich. Wir alle wissen, dass sich die Streichung der Beauftragung eines terrestrischen Hörfunkprogramms in Berlin mit dem Schwerpunkt der kulturellen Vielfalt aus den Regelungen des Reformstaatsvertrages für die gesamte ARD ergibt. Für den rbb ist dabei aber entscheidend, dass kulturelle Vielfalt nicht aus unserem Auftrag verschwindet. Wir sehen sie unter anderem als Querschnittsaufgabe. Wir werden bei radio3 eine Heimat für kulturelle Vielfalt haben. Wir wollen aber auch, da ist die Intendantin sehr klar entschieden, digitale Angebote mit Blick auf kulturelle Vielfalt erhalten und ausbauen, stärken und uns auf Zielgruppen einrichten, die wir bislang vielleicht nicht ausreichend mit Angeboten bedacht haben – das alles im Rahmen unserer Möglichkeiten. Dazu gehören für uns im Rahmen der Möglichkeiten auch mehrsprachige Angebote.

Ich komme zum Ende. Bevor wir in eine Diskussion einsteigen, möchte ich noch kurz darauf hinweisen: Ich freue mich auf die Debatte und werde versuchen, Ihnen alles nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten. Ich habe in den letzten acht Wochen versucht, mich sehr stark einzuarbeiten. Bei manchen Fragen, die an mich gerichtet sind, würde ich Sie bitten, vielleicht auch Frau Eßwein das Wort zu geben. Ansonsten, wenn wir etwas nicht liefern können, dann liefern wir es gerne nach. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Sehr herzlichen Dank! – Weiter geht es jetzt mit Herrn Scholz und dem Journalisten-Verband. – Bitte schön!

Sebastian Scholz (Landesverband des Deutschen Journalisten-Verbandes – Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten – DJV Berlin – JVBB e. V. –; Geschäftsführer): Herzlichen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke Ihnen zunächst mal für die Gelegenheit, heute hier zur Reform des rbb-Staatsvertrags Stellung nehmen zu können und will Ihnen vorab sagen, dass der Deutsche Journalisten-Verband ausdrücklich anerkennt, dass die Länder den rbb nach den vergangenen Krisen modernisieren wollen. Dieser Reformwille ist, glaube ich, zweifellos richtig und notwendig, aber entscheidend ist, und auch da werden Sie mir recht geben, nicht, dass reformiert wird, sondern wie, und genau hier sehen wir an mehreren zentralen Stellen, das wird Sie nicht verwundern, doch Nachbesserungsbedarf.

Ich habe das ein bisschen gegliedert und würde als Erstes zum Programmauftrag kommen. Die geplante Präzisierung, also mehr gesellschaftlicher Zusammenhalt, Demokratievermittlung, europäische Perspektiven, halten wir selbstverständlich für grundsätzlich richtig, auch die geplante Pflicht zu einer angemessenen Berichterstattung – kleiner Nebensatz: Was auch immer das heißt – aus den Landesparlamenten kann natürlich dabei helfen, parlamentarische Arbeit sichtbar zu machen, aber journalistische Prioritätensetzung muss redaktionell getroffen und nicht gesetzlich vorgeschrieben werden. Eine inhaltliche Steuerung durch den Gesetzgeber berührt die grundsätzlich geschützte Programmautonomie. Die Politik ist nicht der Programmdirektor des rbb und darf es auch nie sein. Der Auftrag soll Orientierung geben, das ist seine Funktion, aber keine Inhalte vorschreiben.

Auch die geplante Integration des eigenständigen Berliner Hörfunkprogramms in das gemeinsame rbb-Kulturprogramm sehen wir nicht unkritisch. Formal ist das natürlich eine quantitative Vorgabe, faktisch aber eine Schwerpunktverschiebung. Wenn ein Programm künftig die kulturelle Vielfalt zweier Länder in einer Welle abbilden muss, sinkt der Anteil für die einzelnen Regionen, und eine gesetzlich verordnete Strukturverengung kann so mittelbar zu einer redaktionellen Verengung werden. Das schlägt im Übrigen auch eins zu eins auf die Freien im rbb und ihr Einkommen durch. Schon jetzt gibt es da keine Zusagen mehr über die Anzahl der Dienste. Ich komme später noch einmal dazu.

Was die Strukturen angeht: Zugunsten schlankerer Strukturen wurde auf diese zusätzliche Leitungsebene für das Berliner Landesangebot verzichtet. Das halten wir für völlig richtig. Finanzielle Ressourcen gehören ins Programm und nicht in Hierarchiestufen.

Zum Rundfunkrat: Die Reduzierung parlamentarischer Einflussmöglichkeiten auf die Besetzung des Rundfunkrates ist sinnvoll und entspricht dem verfassungsrechtlichen Gebot der Staatsferne. Problematisch aus unserer Sicht ist dabei allerdings, dass der Rundfunkrat künftig, und sei es auch nur zu einem kleinen, geringen Teil, eigenständig über seine Zusammensetzung entscheiden soll. So droht Selbstreferenzialität. Zusätzliche Beteiligungsformate, das ist jetzt nicht Ihre Baustelle, wie der geplante Bürgerrat in Brandenburg bergen die Gefahr von Doppelstrukturen und Kompetenzüberschneidungen mit dem Rundfunkrat. Deswegen wäre aus unserer Sicht naheliegender, das bestehende Gremium weiterzuentwickeln und stärker für gesellschaftliche Perspektiven zu öffnen, gegebenenfalls auch per Zufallsprinzip be-

setzt, wie beim Bürgerrat in Brandenburg vorgesehen, dann aber aus unserer Sicht für Berlin und Brandenburg. Außerdem hält der DJV, das haben wir in früheren Stellungnahmen schon deutlich gemacht, die Amtszeit von vier Jahren für zu kurz. Aufsichtsarbeit braucht Einarbeitung, Erfahrung und Kontinuität. Andere Anstalten haben längst längere Amtszeiten eingeführt, und das sollte aus unserer Sicht auch beim rbb erfolgen. Richtig finden wir hingegen, dass der Rundfunkrat zusätzlich eigene Mitglieder in die Findungskommission zur Intendantenwahl entsenden kann. Das stärkt die gesellschaftliche gegenüber der staatlichen Komponente.

Zu den Arbeitsbedingungen: Die vorgesehenen Änderungen bei den Vergütungsstrukturen für außertariflich Beschäftigte gehen in die richtige Richtung, greifen aus unserer Sicht aber ein bisschen kurz, denn sie bilden die Realität der Beschäftigung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur unzureichend ab. Der rbb arbeitet, einer Reihe von Ihnen dürfte das bekannt sein, wie alle anderen ARD-Anstalten mit festangestellten Redakteurinnen und Redakteuren und in erheblichem Umfang mit sogenannten arbeitnehmerähnlichen Freien, die dauerhaft journalistische Kernaufgaben übernehmen. Diese sind aber keine klassischen Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer, sondern ebenso in Schichten und Strukturen eingebunden wie ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Echte Freiberuflichkeit mit mehreren Auftraggebern ist meist keine Realität. Während die Festangestellten aber sozial abgesichert sind, gelten für arbeitnehmerähnliche Freie deutlich schlechtere Bedingungen und weniger Planungssicherheit, und Sparmaßnahmen oder auch schlicht die Weigerung der Politik, sich an ihre eigenen gesetzlichen Vorgaben zur Finanzierung zu halten, treffen zuerst freie Mitarbeitende.

Darüber hinaus will der neue Staatsvertrag – ich hoffe, das ist nicht so gemeint, zumindest dem Wortlaut nach könnte man es so lesen – die Vergütung auf Tarifvertragsniveau zementieren, erkennt dabei aber, dass es sich dabei um Mindesthonorare handelt und eine solche Vorgabe in die Vertragsfreiheit eingreifen würde. Guter Journalismus braucht für alle Beteiligten sichere Arbeitsbedingungen. Sie sind Voraussetzung für journalistische Qualität, übrigens ebenso wie kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt, und das ist der nächste Punkt.

Wie ernst es die ARD mit dieser Vielfalt nimmt, zeigt aus unserer Sicht das Schicksal von COSMO. Der WDR-Rundfunkrat hat beschlossen, das einzige mehrsprachige interkulturelle Hörfunkprogramm der ARD einzustellen. Der rbb zieht sich daraus ebenfalls zurück, und begründet wird das, wir haben es gerade wieder gehört, mit der Vorgabe zur Reduzierung der Hörfunkwellen. Das erkennt allerdings, dass es eine politische und publizistische Entscheidung und keine Notwendigkeit ist, welche Welle man ein- oder auch umstellt. Das macht, zumindest aus unserer Sicht, ein deutlich größeres Problem sichtbar: Wir diskutieren zu häufig über Strukturen und Sparvorgaben und zu selten darüber, welchen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wir uns als Gesellschaft wünschen und leisten wollen, und diese Debatte gehört nach unserem Dafürhalten auf die politische Tagesordnung mit dem Mut, eine auskömmliche Finanzierung zu sichern, statt sie scheibchenweise wegzukürzen.

Der rbb steht weiterhin unter erheblichem Druck finanziell, strukturell und gesellschaftlich, und gerade deshalb kommt es jetzt darauf an, die richtigen Weichen zu stellen. Ein moderner öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht aus unserer Sicht redaktionelle Unabhängigkeit und Staatsferne statt politischer Vorgaben, echte gesellschaftliche Vielfalt im Programm sowie in den Gremien sowie gute Arbeitsbedingungen und eine auskömmliche Finanzierung statt poli-

tischer Effekthascherei. Die vorliegenden Änderungen enthalten da wichtige Ansätze, sind aber in entscheidenden Punkten aus unserer Sicht nicht mutig genug. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann treten wir jetzt ein in die Runde der Fraktionen. Ich erinnere Sie wieder nach drei Minuten, dass die drei Minuten um sind, und es beginnt Frau Ahmadi für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch Ihnen vielen Dank, dass Sie heute hier sind und mit uns die Änderung des rbb-Staatsvertrags beraten! Ich möchte gerne vorweg anmerken, dass die Koalition darauf bestanden hat, dass wir diesen Staatsvertrag heute beraten, und zwar noch vor den Sommerferien. Verstehen Sie mich, Herr Hauer, bitte nicht falsch! Sie sind hier immer willkommen, und wir haben Sie gerne hier im Ausschuss. Ich finde es ein Unding, dass der zuständige Staatssekretär heute nicht da ist, um diesen Staatsvertrag mit uns zu beraten und fachliche Fragen dazu zu beantworten. Vielleicht können Sie das mitnehmen, dass wir ihn heute hier vermissen.

Dann komme ich aber zu den Fragen. Ich habe ganz viele Fragen, werde sie durchgehen und hoffe, dass sie auch beantwortet werden. Es wurde die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg auch in den Änderungen ganz groß betont, dass sie gestärkt wird. Ich lese es tatsächlich in den Änderungen nicht, dass die Zusammenarbeit gestärkt wird. Ich sehe eher ein größeres Auseinandergehen innerhalb der beiden Länder. Von partnerschaftlicher Zusammenarbeit kann hier nicht gut die Rede sein. Herr Staatssekretär, Sie haben zu Recht gesagt, und das finden wir gut, dass Berlin auf die gut dotierte Leitung des Landesangebots verzichtet, aber Brandenburg nicht. Ich würde gerne einmal wissen, wie gut dotiert diese Leitung sein wird.

An den rbb: Herr Heil, wo ist die Leitung des Landesangebots von Brandenburg angesiedelt, wenn Sie diese Frage beantworten können, und wie gestaltet sich die Eingruppierung? Die beiden Fragen überschneiden sich. Wie steht es um die Finanzierung der Regionalbüros in Brandenburg? An den Senat zu diesem Thema: Warum wird auf eine Programmleitung in Berlin verzichtet? Ist das nur eine finanzielle Frage, oder hat es noch andere Gründe?

Zur Erarbeitung des Staatsvertrages wollte ich hier fragen: Welche Stakeholder waren in die Änderungen eingebunden, und wer hat eine Stellungnahme abgeben können? War der Aufruf überhaupt da, dass sie Änderungen und Stellungnahmen liefern?

Zu den Rechtsstreitigkeiten: Als klagende Partei – – Ich glaube ver.di und der DJV haben gemeinsam geklagt. Können Sie uns den Stand der Klage sagen? Wie hat die Integration der Festen und Freien in der Personalvertretung bisher funktioniert? Sie haben es vorhin kurz angedeutet. Ich würde das gern noch vertiefen.

Herr Heil, welche Verfahren im Zusammenhang der sogenannten Schlesinger- oder auch rbb-Affäre laufen noch, und innerhalb welcher Zeitschiene erwarten Sie ein abschließendes Urteil zum Thema?

Zum Inhalt des Staatsvertrages an den Senat: Am Anfang der Legislaturperiode wurde uns angekündigt, dass die Änderungen kommen werden. Es wurde dann auch gesagt, dass die

medienpolitischen Sprecherinnen und Sprecher einbezogen werden. Das ist bisher ausgeblieben. Stattdessen machen wir die erste und zweite Lesung gleich heute.

Ansonsten noch als Anmerkung: Was verstehen der Senat, aber auch der rbb unter einer angemessenen Berichterstattung über Plenar- und Ausschusssitzungen, so, wie es im Vertrag einmal festgelegt worden ist? Welche konkreten Pläne gibt es bezüglich der Verstärkung der Zusammenarbeit mit Kultur- und Bildungseinrichtungen, wie es in § 7 einmal angemerkt ist?

An den Senat: Wie bewerten Sie den Vorschlag zur Änderung des § 52, Kündigung und Gestaltungsdauer, der im Zuge der eingegangenen Stellungnahmen vorgeschlagen wurde? Ich könnte das vorlesen, wenn Sie es nicht vorliegen haben. Der Vorschlag kam von ver.di.

Jetzt komme ich noch zu COSMO allgemein. Das ist ein Thema, das wir schon seit Monaten, wenn nicht seit über einem Jahr diskutieren.

Vorsitzender Andreas Otto: Die drei Minuten sind um.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Ja! – Das ist ein Thema, das wir schon lange hier miteinander, nicht das erste Mal, diskutieren. Sie haben gesagt, dass Sie die Mehrsprachigkeit beim rbb im Rahmen Ihrer Möglichkeiten in Zukunft etwas intensiver haben wollen. Ich hätte hier eine kleine Idee für Sie: Man könnte das Inforadio vielleicht in Zukunft mehrsprachig gestalten. Dann erreicht man – – Sie haben das Inforadio als einen unserer besten Sender hier in Berlin-Brandenburg genannt. Das wäre die Möglichkeit, noch mehr Menschen in Berlin und Brandenburg zu erreichen.

Zudem: Wenn alle Anstalten und alle Staatsverträge die kulturelle Zusammenarbeit und kulturelle Vielfalt der Gesellschaft, in Berlin sprechen wir von über 40 Prozent der Bevölkerung, die mehrsprachig sind, betonen und wie wichtig das alles ist, frage ich mich, wie sich das Ganze in der Gestaltung beim rbb abzeichnet und welche Pläne Sie für die Zukunft haben. – Das erst mal an Kritik und Fragen.

Vielleicht noch drei positive Sachen: Wir finden es großartig, dass die Kooperationen mit privaten Medien im Vertrag jetzt geändert werden, dass wir das für Berlin etwas anders angehen werden.

Zudem: Nachdem in jedem Datenschutzbericht der letzten Jahre die Datenschutzlage beim rbb bemängelt wurde, finde ich, dass wir jetzt im Vertrag eine Datenschutzbeauftragte beim rbb festschreiben, zumindest einen guten Schritt in die richtige Richtung. – Soweit erst einmal.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Herr Goiny ist an der Reihe für die CDU-Fraktion.

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank – auch für die Ausführungen vonseiten unserer Anzuhörenden! Das Gute ist, dass wir mit dem vorliegenden Staatsvertrag zeigen, dass man Staatsverträge in relativ kurzer Zeit immer mal wieder aktualisieren und anpassen kann. Insofern muss nicht alles, das vielleicht noch in der Diskussion, in der Schwebe ist, das sich hier wie-

derfindet, deshalb auf längere Frist verloren gehen, sondern man kann gucken, wann und wo es den nächsten Anpassungsbedarf gibt.

Ich will auf zwei Dinge hier noch einmal eingehen, das eine: Es gab auch hier im Haus eine längere Diskussion über die Frage der Parlamentsberichterstattung. Unser Steuerungsinstrument als Parlament ist der Staatsvertrag. Da können wir grundsätzliche Dinge aufschreiben, reinschreiben und um entsprechende Berücksichtigung im Programm bitten. Natürlich gehört dazu nicht, dass wir uns in die Redaktion, in die Art der Sendung oder ähnliche Details einmischen. Deswegen bleibt es natürlich erst mal ein bisschen allgemein, aber ich glaube, so habe ich Herrn Heil verstanden, der rbb sieht und will das ja auch, dass wir hier über eine Parlamentsberichterstattung reden. Und zwar reden wir nicht nur über eine Politikberichterstattung, und wir meinen nicht nur die Berichterstattung über das, was im Senat passiert ist, sondern tatsächlich das, was das Parlament macht, was die Fraktionen machen, was das Abgeordnetenhaus macht, was die Ausschüsse machen, denn das ist nämlich noch einmal mehr. Wir wissen alle, in unterschiedlichen Situationen haben wir das erlebt: Medien berichten normalerweise immer mehr über das, was die Regierung macht und weniger über das, was die Opposition macht, und eine Parlamentsberichterstattung ist gerade auch die Darstellung der Arbeit aller Fraktionen hier im Hause, der Prozesse, wie Entscheidungen zustande kommen, wie beraten wird, was wie und mit wem diskutiert wird. Allein der heutige Ausschuss zeigt, in wie vielfältiger Weise wir uns als Parlamentarier mit Externen beraten, unterstützen und diskutieren. Deswegen ist das nämlich ein wichtiger Punkt, aber ich habe auch aus Gesprächen mit der Intendanz den Eindruck, dass der rbb nach praktikablen und finanzierbaren Wegen sucht, und deswegen will ich das ausdrücklich noch einmal positiv hervorheben.

Dann haben wir natürlich auch noch, das will ich als zweiten Punkt erwähnen, Radio COSMO. Das ist uns auch ein Anliegen, und zwar, Herr Staatssekretär, wenn ich das ergänzen darf, nicht nur das deutsch-polnische, sondern auch das deutsch-griechische Programm, das bei COSMO wirklich eine große Relevanz hat. Die haben noch mehr Angebote, die relevant sind, das will ich ausdrücklich sagen, aber da gibt es Redaktionen und Redaktionsteams, die für diese jeweiligen Zielgruppen eine relevante Berichterstattung machen. Ich will das jetzt mal so sagen, weil oft gefragt wird, was denn das Parlament mit der einen oder anderen Formulierung gemeint hat, auch wenn die Staatsverträge von den Staatskanzleien kommen: Die Berücksichtigung von kultureller Vielfalt in Zusammenhang mit COSMO heißt natürlich auch, dass unterschiedliche kulturelle Themen nicht auf alle Sender des rbb verteilt sind, sondern dass man gerade ein Stück weit versucht, fokussiert zu bleiben auf das, was diese Redaktionsteams, die es bei COSMO gab, inhaltlich an Programmbeitrag geleistet haben. Wir hätten schon die Erwartungshaltung, dass das in irgendeiner Form erkennbar ist, und dass man die Kompetenz und das, was diese freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet haben, versucht, beim rbb unterzubringen. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mir durchaus vorstellen könnte, dass man radio3, ehemals Kulturradio, durchaus als eine sehr gute Plattform weiterentwickeln könnte, denn wenn ich mir diese kritische Anmerkung erlauben darf, alle Reformen, die wir bisher in den letzten Jahren gesehen haben, aus dieser Frequenz ein attraktives, nachgefragtes Hörfunkprogramm zu machen, sind bisher leider gescheitert. Die Zahl der Hörerinnen und Hörer stagniert, wenn sie nicht weiter abnimmt. Ich habe wiederholt an verschiedenen Stellen, auch als Mitglied des Rundfunkrates, gesagt, dass ich glaube, dass das Potenzial für eine Kulturstadt wie Berlin mit einer öffentlich-rechtlichen Hörfunkfrequenz, die sich diesem Thema schwerpunktmäßig widmet, bei Weitem nicht ausgeschöpft ist. All das, das wir bisher an Reform gesehen haben – Wir wurden immer getröstet: Jetzt müs-

ihr das doch erst mal abwarten. Das ist doch alles in Umsetzung. Es wird schon, es wird schon. – Bisher ist da leider nichts geworden, und deswegen glaube ich, ist es jetzt eine gute Gelegenheit, noch mal darüber nachzudenken, wie man relevante Teile von Radio COSMO bei radio3 integrieren kann, inklusive derjenigen, die diese Programmverantwortung gehabt haben. Ich glaube, das macht mehr Sinn, als kulturelle Themen und Vielfalt auf alle Frequenzen des rbb zu verteilen und damit natürlich diese Sichtbarkeit dieser Programmangebote zu negieren.

Vorsitzender Andreas Otto: Die drei Minuten sind auch bei Ihnen schon um.

Christian Goiny (CDU): Da ich aus den letzten Redebeiträgen ein Guthaben habe, bin ich doch, glaube ich, in der Summe noch ganz gut in der Zeit, bin aber fertig. – Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Andreas Otto: Wir bilden hier kein Saldo jedes Mal, sondern neues Spiel, neues Glück. Deswegen geben wir jetzt das Wort an Frau Helm für die Linksfraktion. – Bitte schön!

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Ausführungen und dass Sie uns heute hier für die Beratungen zur Verfügung stehen! Ich will kurz einleitend sagen: Aus Sicht meiner Fraktion hat die Novelle Licht und Schatten. Das war bei der Nachvollziehung des Reformstaatsvertrages zu erwarten. Die Dinge, die wir dort kritisiert und befürchtet haben, die schlagen jetzt durch. Andere Dinge, die dort umgesetzt werden, finden wir vernünftig, wie beispielsweise die Gehaltsdeckelung der Intendantin und auch einige Vorgaben zum sogenannten AT-Konzept. Aber wenn man genauer hinguckt, dann gibt es schon so ein paar Pferdefüße, sage ich mal, und das große Thema COSMO ist für uns natürlich extrem schmerzhaft. Ich will es mal so ausdrücken: Aus unserer Sicht droht es hier wirklich, eine Versorgungslücke zu geben. Schon in der Vergangenheit haben wir immer wieder in den Auseinandersetzungen mit Brandenburg, die für sich beansprucht haben, dass der rbb eine bessere Repräsentanz der ländlichen Vielfalt darbietet, angemerkt, dass Berlin, was das angeht, eine viel größere Beanspruchung der kulturellen Vielfalt und der Abbildung für sich in Anspruch nehmen sollte, und dass das beim rbb insgesamt nicht hinreichend passiert. Es gibt viele Menschen, deren Perspektiven, deren Erfahrungen, deren Lebensrealitäten vom rbb unzureichend abgebildet werden. Das hat auch eine Dimension, die mit einer postmigrantischen Gesellschaft zu tun hat. Das ist nicht nur eine regionale Repräsentanz. Es ist vielleicht schön, die Kiezkompetenz aufzubauen, ich bin mir aber gar nicht sicher, wie weit das tatsächlich den Berlinerinnen und Berlinern fehlt. Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass es viele Berlinerinnen und Berliner gibt, viele Beitragszahlende, die ihre Lebensrealitäten, ihre Perspektiven auf gesellschaftliche und politische Themen unzureichend abgebildet sehen. – Das mal allgemein vorweg geschickt.

Dazu kommt, dass im Sendegebiet Berlin die entsprechenden Zielgruppen schon die Einstellung von Radio Multikulti zu verkraften hatten, und deswegen ist für uns erst mal die Wissensfrage: Welchen Teil hat denn eigentlich der rbb zum Radio COSMO bisher geliefert? Es ist, wenn ich das richtig verstehe, finanziell und auch redaktionell der kleinere Teil, aber da würde mich interessieren, was konkret das eigentlich war, und wie das tatsächlich ins Programm integriert werden sollte. Natürlich hat sich für uns auch die Frage aufgedrängt, warum man nicht das Programm und die redaktionelle Arbeit in eine digitale überführt. Herr Heil, Sie haben angedeutet, dass man dafür vielleicht digitale Programmteile entwickelt. Vielleicht könnten Sie noch ausführen, was da in Planung ist. Die andere Variante wäre, und da frage ich natürlich in Richtung des Senats, eine Beauftragung zu machen von allen Anstalten, und durch die Zählweise hätte man durchaus die Möglichkeit, eine solche Beauftragung von allen Anstalten neu aufzusetzen. Es wäre möglich, das im Medienstaatsvertrag zu verankern. Weil ich der Überzeugung bin, dass Berlin ein besonderes Interesse hat, an dieser Stelle eine Versorgung zu garantieren, was die kulturelle Vielfalt betrifft, möchte ich den Senat fragen: Der Kollege Goiny hat gesagt, nach der Änderung des Staatsvertrages ist vor der Änderung des Staatsvertrages. So etwas kann auch mal schnell umgesetzt werden, wenn der politische Wille da ist. Wäre das nicht ein Weg, für den sich Berlin einsetzen sollte?

Beim Thema Wegfall der Leitungspositionen für das Landesangebot schließe ich mich der Einschätzung an, dass es sinnvoll ist, darauf zu verzichten. Wir hatten das damals schon kritisiert. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn sich Brandenburg dieser Position anschließen würde.

Ich habe zum AT-Konzept und Gehaltsgefüge noch eine Nachfrage: Der Landesrechnungshof hatte die übertariflichen Zulagen von bis zu 150 000 Euro im Jahr kritisiert.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich rufe mal dazwischen: Die drei Minuten waren um.

Anne Helm (LINKE): Danke schön! – Wie ist denn eigentlich beim rbb diese Kritik aufgenommen worden? In der Novelle finden sich die übertariflichen Zulagen. Da würde mich vom Senat interessieren, warum. Ich finde, das widerspricht eigentlich so ein bisschen dem Geist des Reformstaatsvertrages.

Noch mal an den rbb gerichtet: Herr Scholz hatte dargestellt, dass man die Neufassung des Artikels 41 so lesen könnte, dass die sogenannten festen Freien keine höheren als die Mindesthonorare bekommen können. Ist das auch die Interpretation des rbb? Müsste man das nicht noch mal nachschärfen? Wie interpretiert der rbb diesen Paragraphen? – Dann belasse ich es erst mal dabei. Falls ich noch etwas ganz wichtiges Kleines vergessen habe, würde ich es anschließen. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt ist dran Herr Eschricht für die AfD-Fraktion.

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Auch von meiner Seite vielen Dank an die Anzuhörenden für die Vorträge! Einige Sachen sind schon gefragt worden. Das gibt mir natürlich die Chance, mich auf Wesentliches zu konzentrieren.

Herr Heil, Sie hatten Ihr Statement mit dem Verweis auf eine Statistik eingeleitet, dass in einer Umfrage drei Viertel gesagt hätten, Sie halten den rbb und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für grundsätzlich glaubwürdig. Ich kann mir nur vorstellen, dass da die Leute befragt wurden, die das noch schauen. Die Selbstwahrnehmung sollte nicht so sein, dass so eine hohe Prozentzahl wirklich zufrieden ist mit der Art und Weise, mit der Neutralität, mit der Ausgewogenheit des Programms.

Wir sehen auch einige Änderungen in dem Änderungsstaatsvertrag positiv, aber es bleibt eigentlich ein Reförmchen, das die wesentlichen Kritikpunkte der Bürger nicht aufgreift. Meine Fragen an Sie sind vor allem: Wir haben gesehen, dass die Parlamentsberichterstattung wieder angemessen vorkommen soll. Wie wäre denn Ihre persönliche Definition von angemessener Parlamentsberichterstattung, vor allem mit Blick darauf, dass in einer Demokratie auch die Opposition eine ganz wichtige Rolle spielt? Wie zerstritten das gerade in Deutschland ist, polarisiert, dass eine Linksopposition nicht gleich mit einer Rechtsopposition in Einklang zu bringen ist.

Was mich noch interessieren würde: Beim § 21 Absatz 3 Nummer 5, dass Verträge mit privaten Dritten über 1 Million Euro der Zustimmung des Rundfunkrates bedürfen, wäre meine Frage: Für wie viele Verträge wäre das denn notwendig? Vielleicht ist das auch eine Frage an Frau Eßwein. In dem Kontext wäre meine Frage: Wie sind denn die Gesamteinnahmen des rbb inklusive des Rundfunkbeitrags? Das wäre meine Frage an Sie. Können Sie mir da eine Zahl nennen?

Was noch zu fragen wäre, ist: In wie vielen Fällen hat der rbb seit seinem Bestehen eine Programmbeschwerde für begründet erklärt? Da wird immer gesagt, okay, wenn ihr nicht zufrieden seid mit der Ausgewogenheit, mit der Neutralität, da haben wir euch ein Instrument geschaffen. Aber in wie vielen Fällen wurde dem stattgegeben?

Vielleicht noch: Das Thema mit AT wurde schon angesprochen. Das, glaube ich, ist ausreichend befragt worden.

Die Staatsferne ist immer ein großer Punkt. Ich bin kein Freund von Sippenhaft, davon, Geschwister und Eltern da mit reinzuziehen, aber wenn man die Intendantin, Ulrike Demmer, nimmt, war sie ja stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung. Auch Sie haben einen berühmten bundespolitisch aktiven Bruder. Aus unserer Sicht ist eine Staatsferne ganz wichtig. Aber wie lässt sich das denn in Einklang bringen, dass diese Verbindungen bestehen, vor allem, weil der § 17 des Änderungsstaatsvertrages gerade Angehörige aus den Gremien ausschließen sollte. Ist das ein Balanceakt? Da würde mich gerne interessieren, wie Sie dazu stehen.

An Herrn Scholz hätte ich noch eine Frage, und zwar hatten Sie gesagt, es sei wichtig, dass mehr Mitglieder des Fernsehrates Mitglieder des Ausschusses zur Intendantenwahl werden, und das würde gerade eine Staatsferne ermöglichen. Da wäre meine Frage: Habe ich das richtig verstanden, Herr Scholz? – [Zuruf von Sebastian Scholz (DJV)] – Nicht ganz. – [Zuruf von Sebastian Scholz (DJV)] – Genau! Aber auch alle Mitglieder des Fernsehrates werden vom Parlament gewählt und auch ausgewählt. – [Zuruf: Nein!] – Nein? – [Zuruf von Sebastian Scholz (DJV)] – Okay, dann hat sich die Frage schon erledigt.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir müssten jetzt mal gucken, dass wir hier nicht in so einen Dialog kommen. Die drei Minuten sind jetzt auch bei Ihnen um.

Robert Eschricht (AfD): Sehr gern. Noch 15 Sekunden. – Meine Frage wäre noch: Mit meiner Referentin habe ich mich in den letzten paar Tagen ein bisschen auch über den rbb informiert, und meine Frage war: Wenn wir noch Fragen zum Mengengerüst der Unternehmung haben, können wir uns dann an Sie wenden? Können wir Ihnen mal schriftliche Fragen stellen, oder wer wäre der richtige Ansprechpartner, wenn wir Fragen haben zu Sendekosten und allen weiteren Details, denn wenn wir uns an den Senat wenden, dann verweist er immer auf die Staatsferne. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt haben wir noch Herrn Dr. King, den fraktionslosen Abgeordneten, auf der Liste. – Sie haben das Wort.

Dr. Alexander King (fraktionslos): Vielen Dank! – Wenn alle Haushalte Rundfunkbeitrag bezahlen müssen, dann muss der Anspruch sein, dass sich möglichst alle in diesem Rundfunk und dem, was da an Perspektiven, Sichtweisen auf das Leben, auf die Gesellschaft transportiert wird, wiederfinden. Es gibt auch den Auftrag zur Abbildung der Meinungsvielfalt. Jetzt haben wir in diesem Änderungsstaatsvertrag den Auftrag, angemessen das Parlamentsgeschehen abzubilden und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Wie ist denn aus Ihrer Sicht die Analyse des Ausgangspunktes? Würden Sie sagen, da hat es bisher gehapert, oder würden Sie sagen, das machen wir doch eigentlich schon angemessen und ausgeglichen, es kommen doch alle zu Wort, und es wird doch auf alle Sichtweisen eingegangen? Würden Sie sagen, da sind wir schon, oder würden Sie sagen, da haben wir noch ganz schön was vor uns? Da würde mich die Analyse des Ist-Zustands interessieren, denn das hat auch etwas mit Staatsferne zu tun. Staatsferne macht sich nicht nur an Verwandtschaftsverhältnissen und konkreten Personen fest, sondern auch daran, ob man das Gefühl hat, beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen

hat man es mit Hofberichterstattung zu tun oder mit kritischer Berichterstattung, und ich glaube, das ist das, das die meisten Leute an der Beitragspflicht stört.

Dann wollte ich noch zum Rundfunkrat fragen. Herr Scholz, ich habe Sie so verstanden, dass Sie jetzt ins Spiel gebracht haben, aus dem Rundfunkrat einen Bürgerrat zu machen. – [Zuruf von Sebastian Scholz (DJV)] – Nein, doch nicht. Dann habe ich ein bisschen – – Aber Sie hatten das Wort „Bürgerrat“ jedenfalls in diesem Zusammenhang erwähnt. Nicht als Doppelstruktur, haben Sie gesagt, sondern – – Wie denn dann? Was soll das für ein Bürgerrat sein? Ich fände es eigentlich gut. Ich finde auch, dass die Parteivertreter und auch parteinahe Vertreter aus irgendwelchen Vereinen und Verbänden da zu viel Einfluss haben und eigentlich die Hörer und Zuschauer viel stärker Gewicht bekommen müssten. Sie haben das Thema aufgemacht, also welche konkreten Vorstellungen gibt es da beim DJV? Das würde mich sehr interessieren.

Vorsitzender Andreas Otto: Damit haben wir die Redeliste abgearbeitet und kommen zur Antwortrunde, und ich würde vielleicht mit Herrn Scholz beginnen, dass wir die Reihenfolge mal andersherum machen. – Bitte schön!

Sebastian Scholz (DJV): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wenn ich jetzt eine Frage vergesse, ich habe fleißig mitgeschrieben, dann sehen Sie es mir nach und weisen mich bitte darauf hin.

Frau Ahmadi, Sie haben nach dem Stand der Klage zum Beendigungsschutztarifvertrag gefragt. Das ist dieser Tarifvertrag, viele der Anwesenden werden sich erinnern, den wir fertig ausgehandelt haben, dem die Gremien sowohl auf Gewerkschaftsseite als auch auf rbb-Seite zugestimmt haben, und der dann von der Intendantin nicht unterschrieben wurde. Da wird es im Oktober einen Kammertermin geben, und dann werden wir weitersehen. Der sollte eigentlich im Sommer sein, ist dann auf Betreiben des Anwalts des rbb mit Verweis auf Urlaubszeit und so weiter in den Oktober verlegt worden.

Die Integration von Freien in den Personalrat war noch eine Frage, auf die ich gerne noch zumindest meinen oder unseren Einblick teilen möchte. Aus unserer Sicht hat das sehr gut funktioniert und kann beispielgebend sein für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ARD-Rundfunkanstalten, die das noch nicht haben. Freie und Festangestellte sind gleichermaßen im Personalrat vertreten, und das weitet dort den Blick und macht das ganze Gremium aus unserer Sicht zumindest viel populärer und viel näher dran an den Beschäftigten des rbb.

Was die Frage von Herrn King angeht: Ich will es mal konkretisieren. Was ich gesagt habe, ist – das geht natürlich in erster Linie an das brandenburgische Parlament –, dass man sich hüten sollte oder vorsichtig sein muss, wenn man in irgendeiner Art und Weise Doppelstrukturen schafft. In Brandenburg soll es einen sogenannten Bürgerrat geben oder gibt es einen Bürgerrat. Der ist ja beschlossen worden vom dortigen Landtag. Dann ist es naheliegend, dass es möglicherweise Kompetenzüberschneidungen mit dem Rundfunkrat gibt. Deswegen war mein Dafürhalten oder mein Plädoyer, diesen Rundfunkrat doch zu stärken und im Zweifel zu erweitern, meinetwegen auch um eine Bürgerkomponente, lassen Sie es mich mal so ausdrücken. Es gibt eine Reihe von entsendungsberechtigten Organisationen. Die stehen im Staatsvertrag drin, und die stehen da aus gutem Grund drin und zu Recht, und das sage ich nicht

nur, weil wir selbst auch drinstehen, sondern weil das gesellschaftliche Vielfalt abbildet. Wenn man aber diese gesellschaftliche Komponente erweitern will, dann kann man die Idee aus Brandenburg aufgreifen, die haben da, soweit ich weiß, ein Zufallsprinzip eingeführt, und nach diesem Zufallsprinzip den Rundfunkrat erweitern. Ich spreche ausdrücklich von Erweiterung, nicht von ersetzen. Dann müsste sich aber eine solche Erweiterung nicht nur auf die brandenburgische Seite beziehen, sondern natürlich auch auf die Seite in Berlin. Das war das, was ich hier ausdrücken wollte. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Das war es schon? – Super! Dann machen wir weiter mit dem rbb. Herr Heil, Frau Eßwein, Sie teilen sich das auf.

Katharina Eßwein (rbb; stellv. Justiziarin): Dann fange ich mal an. – Frau Ahmadi, Sie haben nach der Leitungsstelle Landesangebot Brandenburg gefragt. Da ist es so: Unser Ausgangspunkt ist zunächst mal das Gesetz. Das Gesetz sagt uns, dass dort eine Führungsrolle, eine Leitungsfunktion, besetzt werden muss, und dass sie organisatorisch unmittelbar an den Programmdirektor andockt sein muss. Wir haben uns mit der Staatskanzlei Brandenburg in Verbindung gesetzt, um zu klären, wie die Modalitäten sind: Was genau ist mit diesem Gesetzeswortlaut gemeint? Wie gilt die Ausschreibungspflicht et cetera? –, weil wir, sagen wir mal, ein Interesse an einem homogenen Einfügen in unsere Struktur ohne Stellenaufbau et cetera haben, und diese Abstimmungen laufen noch. So viel kann ich in diesem Moment dazu sagen.

Sie haben nach den Verfahren gefragt, die der rbb noch führt. Wir müssen zwischen den zivilrechtlich und den strafrechtlichen unterscheiden. In zivilrechtlicher Hinsicht gibt es noch drei, bei denen wir auf einen Ausgang warten, die Intendantin selbst, die ehemalige juristische Direktorin und die ehemalige Leiterin der Intendanz. In letztem Fall sind wir ein bisschen im Limbo, weil es noch eine Möglichkeit gibt, ein Rechtsmittel einzulegen. Wir wissen, Stand jetzt, einfach nicht, ob das getan wurde. Bei den anderen beiden: Vor Gericht und auf hoher See liegt man in Gottes Hand. – Da wissen wir leider nicht, wie lange diese Verfahren noch andauern. Da hoffen wir natürlich, irgendwann zu einem Abschluss zu kommen.

In strafrechtlicher Hinsicht, das haben Sie bestimmt mitbekommen, sind wir nicht unmittelbar beteiligt. Klar, die Staatsanwaltschaft führt die Verfahren. Anklage ist gegen diverse ehemalige Mitglieder des rbb erhoben. Da weiß ich, dass im Herbst die Verhandlungen beginnen sollen, aber wir wissen leider nicht, wie lange die andauern werden.

Wenn ich springen darf, würde ich die Frage zu den Programmbeschwerden beantworten. Es ist bei uns immer so, dass wir die im Jahresabschluss, also nur nach einem vergangenen Jahr, bewerten können. Im letzten Jahr hat es 17 Stattgaben gegeben.

Zu den Programmverträgen: Die Zuständigkeit des Rundfunkrates für die Programmverträge ab einem Volumen von 1 Million Euro greift erst seit diesem Jahr, und in diesem Jahr hat es sechs Verträge gegeben, die im Rundfunkrat behandelt wurden. – Danke schön!

Georg Heil (rbb): Danke sehr! Dann würde ich gerne noch ergänzen. Frau Ahmadi, der rbb hat selbstverständlich eine Datenschutzbeauftragte, die auch sehr aktiv ist. Mir sind keine Missstände bekannt.

Wenn ich gesagt haben sollte oder herüberkam, dass ich hier ein Commitment abgegeben habe, dass mehrsprachige Angebote ausgebaut werden, möchte ich das so nicht verstanden

wissen. Mir ging es darum, dass wir versuchen, mehrsprachige Angebote zu erhalten und Angebote für migrantische Zielgruppen insgesamt auszubauen, aber ich würde hier eher die deutsche Sprache im Fokus sehen.

Herr Goiny, vielen Dank für Ihre Anmerkungen zu COSMO. Die Erkennbarkeit der Arbeit der Mitarbeitenden, die bisher für COSMO arbeiteten, liegt uns auch am Herzen, und wir haben den Auftrag, die kulturelle Vielfalt bei radio3 als neue Heimat einzubringen. Diesem Auftrag wollen wir gerecht werden. Gleichzeitig denken wir natürlich, dass es auch bislang in einem terrestrischen Hörfunkmedium keine gute Idee ist, zum Beispiel fremdsprachliche Angebote zu machen. Wenn die Sprache in einer Hörfunkwelle wechselt, dann ist das linear nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss. Da braucht es digitale Angebote on demand, die abgerufen werden, die eine entsprechende Distribution haben, damit sie auffindbar sind, damit sie bekannt sind.

Die Versorgungslücke, Frau Helm, die Sie bei COSMO angesprochen haben, sehen wir. Deswegen gibt es das Commitment unserer Intendantin, dass der rbb sich da nicht aus der Verantwortung stiehlt und nicht abbaut, sondern wir versuchen, im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten Angebote für migrantische Zielgruppen, wie gerade gesagt, zu erhöhen.

Die Frage der Perspektivenvielfalt, die ich gleich noch bei Ihnen adressieren möchte, ist natürlich zuvorderst eine journalistische, und die sehe ich tatsächlich als Querschnittsaufgabe. Wir können nicht nur sagen: Migrantische Perspektiven finden in einem zielgerichteten migrantischen Angebot statt. – Sie haben es angesprochen: 41,7 Prozent der Menschen im Land Berlin haben eine Migrationsgeschichte. – Alle Parteien, die mir bekannt sind, in dieser Stadt werben um migrantische Zielgruppen. Diese hohen Bevölkerungsanteile gilt es, da wir Angebote für alle machen sollen, Angebote alle machen wollen, und das möglichst alle entsprechend der Proportion, überall zu berücksichtigen.

Die Frage kam auf, Frau Helm, welchen Teil der rbb bislang zugeliefert hat. Das ist eine Arbeitsteilung. Der rbb hat einerseits, finanziert vom WDR, fremdsprachliche Programme zugeleitet, zugearbeitet, zugeliefert, in Beauftragung und gegen Bezahlung. Wir haben aber auch eigener Mitarbeiterkapazitäten und haben auch mit eigenen Mitteln Sprachen angeboten und produziert, fremdsprachliche Angebote. Da geht es, wenn ich es richtig sehe, um fünf Sprachen, die insgesamt vom rbb produziert wurden, sowohl mit den Fremdmitteln des WDR als auch mit Eigenmitteln. Wir haben Russisch und Polnisch, was ich beides aus Sicht des rbb für sehr relevant halte. Diese Angebote sind relativ erfolgreich. Die gibt es alle als Podcast, als Social-Media-Angebote. Bei Russisch und Polnisch gibt es, glaube ich, für Berlin eine ganz besondere Bedeutung, nicht nur aufgrund der Communitys hier, sondern auch aufgrund der Nähe zu Polen. Wir wollen natürlich auch Menschen, die aus einem russischsprachigen Umfeld kommen, ein Angebot eines öffentlich-rechtlichen Senders machen und sie nicht nur mit anderen Angeboten in ihrer Heimatsprache alleine lassen. Dann gibt es weiter Griechisch, Spanisch und Arabisch. Wir sind hier im Austausch mit der Zivilgesellschaft, mit der Integrationsbeauftragten des Landes Berlin, mit möglichen Kooperationspartnern. Ich würde Ihnen gerne die Lösung schon präsentieren, aber wir sind mit Hochdruck daran, das Angebot des rbb neu zusammenzustellen, zu gucken: Was kann man machen? Was kann man alleine machen? Wo kann man mit anderen zusammen etwas machen? –, aber das Commitment, wie gesagt, ist klar abgegeben, und, wie es so schön in der Bibel heißt: An ihren Taten sollt ihr sie messen. – Da bitte ich einfach noch um etwas Geduld.

Zur Frage der Mindesthonorare: Mein Verständnis ist es nicht, dass wir dann nur noch ein bestimmtes Honorar, ein Mindesthonorar, zahlen dürfen. Ich hielte es auch, da es immer wieder Umstände gibt, die auch andere Honorierung rechtfertigen oder erfordern, für nicht richtig, aber ich habe es bisher nicht so verstanden, dass das so festgeschrieben sei.

Herr Eschricht, Sie fragen nach den Zahlen und ob das nur die Nutzenden des rbb waren. Nein! Diese Imagestudie, die letzten uns vorliegenden Zahlen aus dem Jahr 2024, ist eine bevölkerungsrepräsentative Studie. Das war eine repräsentative Studie unter der Grundgesamtheit der Bevölkerung, also auch bei Menschen, die den rbb nicht nutzen. Da muss es vielleicht auch welche geben, die ihn trotzdem für relevant halten.

Meine persönliche Meinung zu angemessener Parlamentsberichterstattung: Sie fragen danach. Ich kann es gerne beantworten. Ich weiß nicht, inwiefern meine persönliche Meinung hier eine Rolle spielt, aber natürlich muss es darum gehen, dass wir Menschen im Land Berlin und im Land Brandenburg ein Angebot machen, das es ihnen ermöglicht, die Arbeit des Landesparlamentes in ihrem Land und auch, wenn sie es interessiert, im Nachbarland wahrzunehmen, zu verstehen, verfolgen zu können, in den wichtigen grundsätzlichen Themen, die behandelt werden, in den verschiedenen Positionen, die Fraktionen, Fraktionslose vertreten. Das wäre meine persönliche Meinung, wie Parlamentsberichterstattung sein muss. Wie man das auf welchem Kanal macht, zu welcher Zeit, wen man anspricht, da steckt der Teufel im Detail, aber ich bin ein ganz großer Fan davon, dass Menschen verstehen, wie Parlamente funktionieren, dass es auch Gruppen gibt, die Parlamente diffamieren, dass man sagt, nein, da wird wirklich hart gearbeitet, da wird hart um Dinge gestritten. Deswegen ist es mir so wichtig, dass die Parlamentsarbeit, meine persönliche Meinung, aber auch der rbb sieht es so, angemessen vorkommen muss.

Die Gesamteinnahmen des rbb: Sie können, wenn Sie Fragen haben, wir haben eine Pressestelle und eine Kollegin, die auch für Public Affairs zuständig ist, selbstverständlich Fragen an den rbb richten.

Zur Frage nach Sendekosten, nach Mengengerüst: All das steht im Internet abrufbar. Es gibt den Wirtschaftsplan des rbb, der transparent für jedermann und jedefrau mit Internetanschluss abrufbar ist. Auch der Programmleistungsplan, der spiegelbildlich zu diesem Wirtschaftsplan Mittelflüsse ins Programm nachvollziehbar macht, ist dort abrufbar.

Zur Frage der Staatsferne und zur Frage meiner verwandtschaftlichen Verhältnisse: Ich verfüge über mehr als 20 Jahre Berufserfahrung in unterschiedlichsten Redaktionen. Diese Stelle war öffentlich ausgeschrieben. Es gab, ich weiß nicht, wie viele – – Ich weiß nur, dass mehrere Gespräche in der letzten Runde geführt wurden. Es gab Tests, die man bewältigen musste, Aufgaben. Es gab ein Bewerbungsgespräch mit sieben Personen. Das Ganze lief unter dem Stichwort „Bestenauslese“. Ich habe den „Grimme-Preis“ für besondere journalistische Leistungen im investigativen Bereich. Ich habe nie das, was Sie Hofberichterstattung genannt habe, vorgenommen, im Gegenteil, das kann man nachgucken, allen, insbesondere allen Regierenden, immer sehr kritisch gegenüber berichtet. Wenn man im rbb glauben würde, dass einer da Einfluss nehmen könnte, dann versteht man den rbb nicht richtig. Dort gibt es kritische Journalistinnen und Journalisten, die sehr genau hingucken, die jeden Versuch der Einflussnahme melden würden. Es gibt einen Personalrat, es gibt einen Rundfunkrat, es gibt ein Ver-

waltungsrat, es gibt die Öffentlichkeit. Wenn meine Integrität für Sie infrage steht aufgrund von Genetik – – Sippenhaft ist seit 1945 abgeschafft. Ich glaube, dass es nicht der Rechtsgrundlage entspricht, jemandem einen Beruf aufgrund seiner verwandtschaftlichen Verhältnisse, dafür gibt es gesetzliche Regelungen, zu versagen. Insofern würde ich auch da sagen: An ihren Taten sollt ihr sie messen. – Ich glaube nicht, dass der Berliner Senat oder die Brandenburger Landesregierung den rbb der Hofberichterstattung bezichtigen oder ihn dafür loben würden. Wir gehen durchaus kritisch damit um, schon immer und auch künftig, egal, wer regiert. Gleiches gilt für die Opposition. Natürlich ist uns Perspektivenvielfalt wichtig, und sie soll künftig noch viel wichtiger werden. Wir wollen kontextualisieren. Dafür brauchen wir auch längere Formate als nur 1.30, wo man Nachrichten verkündet. Wir wollen Leuten erklären, warum Dinge relevant sind. Ihre Meinung sollen sie sich selbst bilden, aber wir wollen ihnen etwas an die Hand geben. Wir wollen die Perspektivenvielfalt von Menschen, aber auch von politischen Akteuren abbilden. Das ist unser Auftrag.

Das bringt mich zur Frage von Herrn Dr. King nach dem Ist-Zustand. Ich versuche das so ehrlich und persönlich, wie ich das sehe, zu beantworten. Ich glaube, der Optimalzustand von dem, was man sich in einer idealen Gedankenwelt ausmalen würde, ist aufgrund von Sendezeit- und Formatbeschränkung vielleicht so nie erreichbar, aber muss doch immer das Ziel sein. Der rbb ändert sich gerade auch journalistisch-programmatisch, weil sich eben auch die Gesellschaft ändert, in Dialogformate. Jetzt hoffe ich, dass es nicht zu großer Verwirrung beiträgt, wenn ich noch mal erwähne: Es gibt auch eine Sendung, ein Format im rbb, das „Bürgerrat“ heißt. Das ist nicht der Bürgerrat, den Sie gerade – – Das heißt „Die 12 – rbb Bürgerrat“, wo Menschen nach wirklich demografischen Kriterien ausgewählt wurden, nach Bildungshintergründen, nach geografischen Hintergründen, die dort diskutieren und ihre Meinung sagen und im Auftrag auch des gesellschaftlichen Zusammenhalts versuchen, zu einer Lösung zu kommen, obwohl sie eigentlich, am Anfang zumindest erst mal, ganz unterschiedliche Meinungen haben. Wir sehen dieses Bedürfnis. Dazu gibt es auch Umfragen, dass unter den Anhängern aller Parteien das Bedürfnis nach gesellschaftlichem Zusammenhalt sehr groß ist. Deswegen muss man hier auch in den Austausch kommen. Das wollen wir machen.

Die Staatsferne macht sich nicht nur an verwandtschaftlichen Verhältnissen fest, haben Sie gesagt. Ich glaube, sie macht sich nicht an verwandtschaftlichen Verhältnissen fest. Nein, die Staatsferne ist für uns eine Überlebensfrage, und deswegen greifen wir im Zweifelsfall auch zu Widerspruch oder juristischen Mitteln, wenn wir sie bedroht sehen. Ich glaube, das muss man auch mal anerkennen. Staatsferne [sic!] wäre für den rbb quasi ein Rezept zur eigenen Abschaffung. Dann könnten wir auch einen Staatsfunk haben, wie das andere Länder haben. Dann wäre vielleicht manches einfacher, aber wir würden unserem Auftrag, nämlich Public Value, Mehrwert für die gesamte Gesellschaft, zu leisten, nicht gerecht werden. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön an die Anzuhörenden! – Jetzt habe ich noch eine Nachfrage hier auf der Liste. Eine würde ich zulassen, wenn es dadurch keine neue Rederunde gibt. – Dann Frau Ahmadi!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Nur eine ganz kurze Frage noch mal zum Thema COSMO: In welchem Zeitraum wurden Sie vom WDR informiert, dass die Sendung abgesetzt werden soll, und waren Sie dann überhaupt bei den ganzen Debatten im WDR mit einbezogen, oder hat der WDR einfach über den Kopf des rbb und auch von Radio Bremen – das ist ja eine Dreiländer-Kooperation – hinweg die Entscheidung getroffen?

Vorsitzender Andreas Otto: Warten Sie mal kurz! – Herr Eschricht, haben Sie auch noch eine Nachfrage? – [Robert Eschricht (AfD): Eher noch einen Kommentar.] – Kommentare gehen nicht, nur eine kurze Nachfrage. Ich hatte eigentlich eine zugesagt. – Frau Helm hat sich auch noch gemeldet. – [Anne Helm (LINKE): Ich warte noch auf die Antworten des Senats, die kommen sicher noch.] – Die kommen noch. – Also dann beantworten Sie ruhig noch die Frage von Frau Ahmadi, und dann schwenken wir zum Senat.

Georg Heil (rbb): Frau Ahmadi! Ich kann Ihnen leider – ich kann versuchen, es nachzuliefern – den genauen Zeitpunkt nicht nennen. Gefühlt war es, als es auch anderen Kreisen bekannt wurde. Sind wir in alle Debatten eingebunden? – Nein, sind wir nicht. Das ist aber auch in Ordnung. Der WDR muss Dinge auch intern beraten dürfen. Wir sind aber im Austausch mit dem WDR, auch ganz aktuell, und versuchen, da auf dem Stand zu bleiben und unsere

Schlüsse aus dem zu ziehen, was der WDR für sich – und das ist natürlich sein Recht als Landesrundfunkanstalt – beschlossen hat.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt geben wir Herrn Staatssekretär Hauer das Wort für die Beantwortung der Fragen.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank, das mache ich gerne! – Ich würde, Frau Abgeordnete Ahmadi, mit Ihnen anfangen. Der Punkt zum Verfahren – ich weiß gar nicht, ob das eine Frage gewesen ist oder auch nur Kritik. Gleichwohl nutze ich vielleicht die Gelegenheit, um das Verfahren noch mal darzustellen, weil ich diese Kritik so nicht nachvollziehen kann. Wir haben, auch das ist ja hier bekannt, im März/April die schriftliche Anhörung, die Verbändeanhörung gehabt. Ich gehe davon aus, dass im Rahmen dieser Verbändeanhörung hier dann auch zumindest einige der Informationen geflossen sind und es dort auch Kommunikation gab. Es gab ja auch informelle Gespräche an der Stelle. Am 2. Juni 2026 war der Entwurf des rbb-Änderungsstaatsvertrags bei uns im Senat. Das Abgeordnetenhaus wurde über die geplante Änderung des Staatsvertrags dann am 18. Juni informiert. Daraufhin hat der Regierende Bürgermeister das Ganze mit unterzeichnet. Jetzt haben wir heute eine Vorabüberweisung hier in den Ausschuss, die vorgenommen wurde, etwas, was die Geschäftsordnung des Berliner Abgeordnetenhauses ausdrücklich als Möglichkeit zulässt, was ja auch regelmäßig genutzt wird. Insofern kann ich die Kritik oder den Hinweis, dass dort keine ausreichende oder keine frühzeitige Einbindung des Abgeordnetenhauses stattgefunden habe, so nicht nachvollziehen. Auch heute wird ja hier ausgiebig darüber diskutiert; das vielleicht nur von meiner Seite zum Verständnis, wie ich das Verfahren sehe und verstehe.

Zu Ihren Fragen: Die erste konkrete Frage an uns als Senat war die nach der sogenannten Landessenderleitung, auch die Frage, was dort eigentlich genau gemacht wird und warum Brandenburg von der Möglichkeit, es nicht zu nutzen, keinen Gebrauch macht. Ich kann das für Brandenburg nicht beantworten, ich kann nur aus Berliner Sicht sagen: Der Vertrag sieht die Möglichkeit vor. Er schreibt es nicht vor, er sieht die Möglichkeit vor, eine solche Landessenderleitung einzusetzen. Aus unserer Sicht bedarf es dessen für Berlin nicht. Wenn die Brandenburger zu einem anderen Ergebnis kommen, kann das sicherlich gute Gründe haben, weil es vielleicht in einem Flächenland wie Brandenburg mehr Koordinierungsbedarf gibt als hier in der Stadt Berlin, aber das müsste man dann gegebenenfalls die Brandenburger fragen. Zur Höhe der Vergütung: Ich glaube, dass das im Bereich der Abteilungsleitung angesiedelt wäre, wenn man es nutzt, aber noch mal: Für Berlin ist entschieden, dass es dafür keinen Bedarf gibt und deswegen von der Möglichkeit, die das Gesetz, der Staatsvertrag zulässt, kein Gebrauch gemacht wird.

Dann hatten Sie noch nach einem Vorschlag von ver.di gefragt. Das bezieht sich ja genau auf die schriftliche Anhörung, über die ich gerade gesprochen habe. Das zeigt auch noch mal, dass es sehr wohl frühzeitig eine Auseinandersetzung damit gab. Wenn ich das richtig verstehe – wir haben gerade mal nachgeschaut – schlägt ver.di in der Stellungnahme zu § 52 vor, dass neben den Regierungschefs auch das Abgeordnetenhaus die Möglichkeit haben soll, einen Staatsvertrag vorab zu kündigen. Das ist zumindest das, was wir gerade aus der Synopse so nachvollziehen konnten; Sie hatten den § 52 genannt. Nach der Prüfung auf die Schnelle: Warum wir diesen Änderungsvorschlag von ver.di nicht übernommen haben, ist verfassungsrechtlich bedingt, weil die Verfassung dort eine Regelung trifft, die besagt, dass vor dem Ab-

schluss eines Staatsvertrags oder eines Änderungsstaatsvertrags der Regierende Bürgermeister oder die Regierende Bürgermeisterin das Berliner Abgeordnetenhaus zu informieren und einzubinden hat und dafür auch die Zustimmung des Abgeordnetenhauses erforderlich ist. Für Änderung oder Kündigung ist das aber so von Verfassungen wegen nicht vorgesehen. Deswegen wäre es nach unserem Verständnis gar nicht möglich, diese Regelung im § 52 vorzunehmen, weil die Verfassung das nicht hergibt. Es bedürfte demnach einer Klarstellung in der Verfassung, bevor man solche Möglichkeiten dann im Gesetz, im Staatsvertrag so verankern würde.

Herr Abgeordneter Goiny! Zu radio3 und COSMO: Ja, Sie haben recht, es ist nicht nur die polnische Sprache, sondern auch die griechische, da bitte ich um Nachsicht. Es hatte mich bisher vor allem von der Seite erreicht. Wir haben ja aber eben noch mal ausgiebig darüber gesprochen. Ich gehe davon aus – es wurde hier auch schon genannt –, dass radio3 dann versucht, das abzubilden und in sein Programm zu integrieren. Ich bin ganz zuversichtlich, dass das dort ein Stück weit so abgebildet werden kann, wie es vorgesehen und zugesagt ist, aber noch mal: Ich hatte ja schon darauf hingewiesen, dass der WDR hier eine Entscheidung getroffen und Fakten geschaffen hat.

Grundsätzlich glaube ich, bei aller Medienvielfalt, die auch der rbb abbilden möchte: Wenn man sich anschaut, wie fragmentiert unsere Gesellschaft mittlerweile ist, und dieser Prozess verstärkt sich ja ständig, kann kein einzelner Sender dem nachkommen, dass er jedes Fragment der Öffentlichkeit, der Gesellschaft irgendwie durch eigene konkrete Angebote abbilden könnte, selbst wenn man das wollte und selbst wenn man unbegrenzte Ressourcen hätte. Im Übrigen gehört auch zur Wahrheit, dass die Menschen teilweise gar nicht mehr die klassischen Rundfunkmedien in Anspruch nehmen, sondern für sich entscheiden, ihre Informationen anders zu beziehen.

Frau Abgeordnete Helm! Sie haben gesagt, Licht und Schatten. Ich habe mich gefreut, dass Sie auch das Licht in diesem Staatsvertrag erkennen. Das ist das, was ich hier auch wahrnehme: Es ist keine pauschale Kritik, sondern es ist eine punktuelle Kritik oder es sind punktuelle Fragen, die hier geäußert worden sind, was ja auch völlig legitim ist.

Sie hatten auch noch einmal zu dem Stichwort Beauftragung von allen Anstalten gefragt; warum davon nicht Gebrauch gemacht wird oder warum der Senat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht oder darauf hinwirkt. Nach unserem Verständnis liegt die konkrete Ausgestaltung des Rundfunkprogramms bei den Sendern. Es spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, davon Gebrauch zu machen, aber wenn ich es richtig verstanden habe, würde es eben bei den Rundfunkanstalten liegen, das so konkret zu tun.

Ihre letzte Frage bezog sich auf die außertariflichen Zulagen, auf § 41. Sie haben gesagt, es sei aus Ihrer Sicht ein Widerspruch, dass dort auf der einen Seite die übertarifliche Bezahlung abgeschafft werde, aber andererseits außertarifliche Zulagen weiterhin möglich sein sollen. Ich habe jetzt noch mal in die Begründung zu § 41 geschaut. Ich lese es einfach mal vor, und vielleicht beantwortet das auch schon die Frage. Auf der einen Seite:

„Die Vergütung der außertariflich vergüteten Beschäftigten soll in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen einer Anstalt des öffentlichen

Rechts im Allgemeinen und zur Lage des Rundfunk Berlin-Brandenburg im Speziellen stehen“,

also, wie gesagt, das Außertarifliche bleibt für bestimmte Tätigkeiten weiterhin möglich. Dann haben wir dort ja auch das mit dem Intendanten. Also außertariflich ja, das ist das eine, und die Tarifzulagen – – oder vielleicht können Sie Ihre Frage doch noch mal präzisieren. Aber was wir sozusagen übertariflich – – Das ist ja das eine: außertariflich bleibt möglich, und im Rahmen des Tarifs selbst gibt es dann natürlich auch Zulagen. Genau, jetzt habe ich es: Im Rahmen des Tarifs gibt es Zulagen, aber die Zulagen sind natürlich nur dann möglich, wenn sie auch im Tarifvertrag angelegt sind und eine Grundlage im Tarifvertrag haben. Diese Zulagen sind dann also nicht außertariflich, sondern eben tariflich. Insofern sehe ich diesen Widerspruch, den Sie, wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, dort sehen, an der Stelle nicht, weil es zwei unterschiedliche Dinge sind; also Zulagen ja, aber wenn sie die Grundlage im Tarifvertrag haben, ist es dann eben nicht außertariflich, nach meinem Verständnis und der Lektüre der Begründung zu § 41. Ich hoffe, dass ich die Frage beantworten konnte, wenn ich sie richtig verstanden habe.

Vorsitzender Andreas Otto: Ist es geklärt? – [Anne Helm (LINKE): Nein!] – Nicht? Soll ich noch eine Nachfrage zulassen, wenn Sie das noch mal – – [Anne Helm (LINKE): Das wäre mir lieb.] – Dann los!

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Beantwortung unserer Fragen! Ich würde gerne zwei kleine Missverständnisse ausräumen. Zum einen ginge es mir darum: Mein Vorschlag war, dass man in dem Medienstaatsvertrag COSMO ausdrücklich erwähnen könnte als gemeinsames ARD-Kooperationsprogramm. Ich bin der Überzeugung, dass das im Interesse Berlins läge. Man könnte also nach § 29 Medienstaatsvertrag einen Satz zu COSMO einfügen, so wie das für andere Ausnahmen auch stattfindet, eben wegen der Bedeutung für das interkulturelle Zusammenleben. Das ist der Vorschlag, den ich Ihnen gerne mitgeben würde. Dazu hätte ich gerne eine Einschätzung erhalten, aber vielleicht können wir uns dazu auch an anderer Stelle noch einmal austauschen.

Bei der Frage der übertariflichen Zulagen ging es mir um Folgendes: Sie haben jetzt erläutert, dass müsste nach Tarifvertrag abgesichert sein. So wirkt es nach meinem Empfinden erst mal intransparent, deswegen wäre hier die Frage, ob diese übertariflichen Zulagen Teil der Tarifverhandlungen sind. Das müssten sie ja, wenn wir dann ein gemeinsames Verständnis haben, sein.

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt habe ich wieder das Problem, dass sich weitere melden. – Herr Eschricht, haben Sie auch eine Nachfrage?

Robert Eschricht (AfD): In der Tat habe ich das, und zwar an den Anzuhörenden Heil, der ja auch – –

Vorsitzender Andreas Otto: Nein, nein, damit sind wir fertig. Jetzt sind wir beim Senat.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Okay, ich versuche, es schnell zu machen. – Zu der Frage übertariflich oder außertariflich: Ich kann nur etwas zu dem sagen, was im Rundfunkstaatsvertrag dazu geregelt ist. Was nachher die konkrete Umsetzung angeht: Das obliegt ja

nicht uns, weil wir an der Stelle nicht Tarifpartei sind. Ich verweise noch mal auf das, was in der Begründung steht:

„Bei Neuverträgen ist eine außertarifliche Vergütung nur noch für Mitglieder des Direktoriums vorgesehen.“

Ich glaube, so weit herrscht Klarheit. Und:

„Übertarifliche Zulagen im Rahmen eines Zulagenkonzeptes,“

– und, das ist auch noch mal wichtig: –

„das der Zustimmung des Verwaltungsrates bedarf, bleiben möglich, soweit es hierfür im Tarifvertrag eine Grundlage gibt.“

Also zwei Mechanismen: Es muss im Tarifvertrag eine Möglichkeit geben. Ob das jetzt schon der Fall ist oder ob das entsprechend verhandelt werden muss, kann ich nicht sagen. Das ist dann Sache der Tarifpartner – hier also des rbb –, aber klar ist, auch das bedürfte der Zustimmung des Verwaltungsrats. Hier geht es aber nicht um außertarifliche Vergütung, sondern hier geht es um übertarifliche Zulagen. „Übertariflich“ heißt also, auf Grundlage eines Tarifvertrags. Das sind ja dann zwei unterschiedliche Dinge.

Was COSMO im Staatsvertrag angeht: Jetzt habe ich, glaube ich, verstanden, was Sie meinen, aber das gehört ja nicht hierher, zum rbb-Staatsvertrag Berlin-Brandenburg, sondern das wäre dann mit den anderen Sendeanstalten. Insofern haben wir jetzt einfach nicht die Möglichkeit, selbst wenn man das wollte, das hier zu verankern, weil es einfach hier nicht Teil der Regelungsmaterie ist. Wie immer: Wir nehmen das mit. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Gut! Danke für die Beantwortung der Fragen! – Ich glaube, wir bekommen alle mit: Es gäbe noch viel zu diskutieren, wir haben uns aber den Zeitrahmen leider recht eng gesteckt. Theoretisch – ich hatte hier gerade noch mal gefragt – müssen wir das auch nicht heute abstimmen. Es gibt noch Plenarsitzungen danach. Wir können die Abstimmung auch vertagen, wenn Sie das mehrheitlich wollten. – [Zuruf] – Ja, das ist eine Frage. Wenn man sagt, man stimmt nächstes Mal ab, dann könnten – – [Christian Goiny (CDU): Wir haben doch alles diskutiert!] – Ob wir alles diskutiert haben – ich habe hier mehrere Leute abgewürgt, weil nicht alles diskutiert war. Es ist auf der Tagesordnung, dass wir abstimmen. Wenn jetzt jemand einen Antrag stellen würde, dass wir heute nicht abstimmen, dann müssten wir darüber abstimmen. Ich wollte das nur als Variante hier reinwerfen. – Frau Ahmadi!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Ich finde den Vorschlag, dass wir vertagen bis nach der Sommerpause, tatsächlich gut. Eile besteht nicht, weil unter anderem auch der Landtag von Brandenburg sich erst nach der Sommerpause mit dem Staatsvertrag beschäftigen wird. Von daher: Ob wir heute abstimmen oder am 26. August – ich würde sagen, es besteht keine Eile.

Vorsitzender Andreas Otto: Also: Es gibt den Antrag, dass wir den Tagesordnungspunkt 5 b heute vertagen und die Abstimmung in der nächsten Sitzung machen. Darüber lasse ich jetzt

abstimmen. Gegenrede gab es nicht. – [Zuruf] – Sie sind dagegen. – Gut, dann stimmen wir jetzt einfach über den Geschäftsordnungsantrag ab, den Tagesordnungspunkt 5 b zu vertagen auf die nächste Sitzung. Wer dafür ist, melde sich bitte jetzt. – Das sind fünf. Wer ist dagegen? – Das sind zehn. Insofern ist es eindeutig: Wir stimmen heute darüber ab und nicht beim nächsten Mal. Dann sagen wir erst mal, Tagesordnungspunkt 5 a ist zur Kenntnis genommen, das war die Vorlage – zur Kenntnisnahme –, und jetzt kommen wir zur Abstimmung über das Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des rbb-Staatsvertrages, Drucksache 19/3361. Wer dieser Vorlage zustimmen möchte, melde sich bitte jetzt. – Das sind die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist die Linksfraktion. Gut, das ist insofern angenommen. Wir werden das dem Plenum mitteilen.

Ach so, Entschuldigung: Herr Scholz musste schon los, und an die beiden anderen Anzuhörenden – Sie merken, wir haben hier so ein bisschen Kuddelmuddel –: Wenn Sie losmüssen: Vielen Dank, dass Sie hier waren! Sie können gerne noch sitzen bleiben, aber Sie dürfen auch Ihrem sonstigen Tagwerk nachgehen. Herzlichen Dank!

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2312

[0193](#)
BuEuMe

**Berlins Städtepartnerschaften weiterentwickeln –
für eine Städtepartnerschaft mit Tel Aviv**

Vertrag.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2912

[0244](#)
BuEuMe(f)
KultEnDe*

**Den internationalen Austausch zwischen
Weltmetropolen stärken – Kulturellen Austausch im
Rahmen der Berliner Städtepartnerschaften
systematisch stärken und institutionell absichern**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.